NR. 200 / NOV. 2007 / FR. 8.00

ROTE ANNELIESE

Propaganda-Minister Blocher in Brig

Missbrauch der Jugendkriminalität

SEITE › 4

Gesundheitsnetz: Das Informations-Fiasko › 3

Bauen in Ergisch: Vorwurf der Behörden-Willkür › 8

Rechsextreme Partei: Jetzt auch im Wallis › 9

Rosa Luxemburg: Sozialreform und Revolution

SEITE › 16

Seco-Bericht enthüllt: Das Wallis schont die Lohndrücker

SEITE › 6

Stromlobby unter Druck: Die Jahre des Kolonialismus gehen zu Ende

SEITE › 10

EDITORIAL

Die Blocher-Show ist aus

James Schwarzenbach war der Blocher der 60er und 70er Jahre. Der Sprössling einer reichen Zürcher Familie wetterte wie heute Blocher gegen die Classe politique, die Ausländer und beschwor den Nationalstaat. Wie Blocher schüttete er finanzielle Mittel in seine Partei die «Schweizerische Republikanische Bewegung». Schwarzenbach profitierte von der Eroberung der Schweizer Stuben durch das Fernsehen, Blocher von der «Arena».

Im Jahre 1978 zog sich Schwarzenbach im Alter von 67 Jahren aus der aktiven Politik zurück. Das war das Ende seiner Republikanischen Partei. Vierzehn Jahre später starb Schwarzenbach von der Medienwelt längst vergessen. Blocher wurde in diesem Jahr 67 und seine biologische Uhr tickt. Wie Berlusconi könnte er seine Falten mittels Chirurgie flachlegen lassen. Bekanntlich lag dann Berlusconi selber flach und die Kameras zeigten brutal den Dreck an seinen Schuhen.

Der Sieg der SVP war ein Pyrrhussieg. In Beneventum folgt die Rechnung. Dort wurde der vormals siegreiche griechische Feldherr Pyrrhus von den Römern vernichtend geschlagen. Die Nicht-Blocherparteien haben heute eine Stärke von 70 Prozent und eine weitere Demütigung werden sie sich nicht bieten lassen, wenn sie noch einen Funken politischen Stolzes in sich tragen. Beneventum ist die Bundesratswahl vom 12. Dezember.

Keine anständige Demokratie kann es sich leisten, wenn der Justizminister in die Türkei fliegt, um von dort per Satellit ein vom Schweizer Volk beschlossenes Gesetz herunterzumachen. Kein glaubwürdiger Rechtsstaat kann sich einen Justizminister leisten, der Menschen vorverurteilt; der das Parlament belügt bis die Kameras und Tonbandgeräte das Gegenteil beweisen; der die KollegInnen im Bundesrat austrickst und der sich über die Gewalttrennung hinwegsetzt.

Die Historiker werden gegenüber Blocher keine Gnade kennen. Auch wegen seiner Rolle in der Walliser Industriepolitik: Zusammen mit Martin Ebner hat er die Alusuisse, die Lonza und die zugehörigen Stromwerke auseinandergebrochen und durch deren Verkauf Millionen in dreistelliger Höhe eingesackt, nachdem die Alusuisse beim Staat Wallis 30 Millionen Stromrabatte erbettelt hatte. Der Vaterlandsverteidiger Blocher hat die Alusuisse nach Kanada verkauft und das Stromgeschäft ging in Form der Enalpin an die Deutschen und Franzosen. Und wenn es nach dem Willen von Blocher gegangen wäre, gäbe es heute keinen Lötschberg-Basistunnel und folglich keinen schönen Bahnhof in Visp.

In der Simplonhalle hat Blocher alle Register der politischen Propaganda gezogen: Er hat ausländische Jugendliche wegen «Massenvergewaltigung» vorverurteilt und sie als Sexualtäter ins Zentrum gerückt, obwohl die Statistik aus seinem eigenen Departement ein anderes Bild zeigt. Schon Hitler und Goebbels haben die Vergewaltigung im antisemitischen Film «Jud Süss» instrumentalisiert. *(Seiten 4 und 5)*

Am 12. Dezember wird der National- und Ständerat entscheiden, ob die Schweiz weiterhin von Propaganda-Minister Blocher an der Nase herumgeführt und im Berlusconi-Stil auf der ganzen Welt bis auf die Unterwäsche blamiert wird, oder ob Blocher den Weg von James Schwarzenbach antreten muss.

Kurt Marti

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE
Jugendabo: Fr. 25.–
Jahresabo: Fr. 50.–
Unterstützungsabo: 80.–
PC 19-8382-6

REDAKTOR
Kurt Marti (ktm)

FREIE MITARBEITERINNEN
Jean-Pierre D'Alpaos
Hilar Eggel
Beat Jost
Marie-Theres Kämpfen
Cyrill Pinto (cp)
Renata Werlen

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

INHALT

Spitalzentrum: Informations-Fiasko SEITE › 3

Blocher: Missbrauch der Jugendkriminalität SEITE › 4

Seco-Bericht: Wallis schont die Lohndrücker SEITE › 6

Bauen in Ergisch: Vorwurf der Behörden-Willkür SEITE › 8

PNOS: Parteigründung steht bevor SEITE › 9

Strombarone: Wallis macht endlich Druck SEITE › 10

Wasserkraft: Letzte Bergbäche unter Naturschutz! SEITE › 12

Syngenta: Blutiger Streit in Brasilien SEITE › 13

J. P. D'Alpaos: Über den Bassist Jaco Pastorius SEITE › 14

Rosa Luxemburg: Revolutionärer Prozess SEITE › 16

Das Gesundheitsnetz Wallis und die Entlassung des Spitalarztes Stefan R.

Informationen auf dem Latrinenweg

VISP/SITTEN – Vor einem Jahr berichtete die RA erstmals über die gravierenden Probleme im Departement Chirurgie des Spitalzentrums Oberwallis (SZO). Zunächst wurde ein Chefarzt zum Oberarzt degradiert und schliesslich wurde er im September entlassen. Bereits im Mai trat der Departementschef Chirurgie zurück. Sämtliche Informationen sickerten auf dem Latrinenweg an die Öffentlichkeit.

(ktm) Mitte September erhielt die RA diverse Hinweise, dass der Spitalarzt Stefan R. nicht mehr am Spital Visp operiere. Am 19. September – zufälligerweise am Erscheinungstag der letzten RA – berichtete der WB auf der letzten Seite: *«Oberwalliser Chirurg fristlos entlassen»*. Nachdem der WB zu den Problemen in der Abteilung Chirurgie beharrlich geschwiegen hatte, trumpfte er gar mit dem vollen Namen des entlassenen Chirurgen auf und bezog sich dabei auf eine interne Mitteilung des Spitals. Auf eine offizielle Medienmitteilung der Verantwortlichen des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW) und des Spitalzentrums Oberwallis wartete man vergeblich. Auf Anfrage erklärt nun SZO-Direktor Hugo Burgener, dass es sich um eine Vertragsauflösung *«unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist»* handelte. Wie gut unterrichtete Quellen berichten, handelte es sich um eine Freistellung mit sofortiger Wirkung, also nicht um eine fristlose Entlassung. Über die Gründe der Freistellung tappte und tappt die Oberwalliser Bevölkerung immer noch im Dunkeln. Auch jetzt schweigt Spitaldirektor Burgener *«aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes»*.

Soloauftritt von Chefarzt Mauro Arigoni

Statt einer korrekten Information durch die Spitalverantwortlichen wandte sich am folgenden 20. September Mauro Arigoni, Chef des Departementes Chirurgie, mit einem merkwürdigen WB-Leserbrief an die verdutzte Oberwalliser Öffentlichkeit und liess gleich mehrere Katzen aus dem Sack: Erstens distanzierte er sich indirekt von der Kündigung an seinem Kollegen. Er habe die Entscheidung für *«die Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit Dr. Stefan Ritz»* nicht mitgetragen. Zweitens sei er gar nicht mehr Mitglied der Geschäftsleitung des Spitalzentrums Oberwallis, weil er bereits am 15. Mai 2007 vom Amt des Vorstehers des Departementes Chirurgie zurückgetreten sei. Und drittens sei sein Rücktritt die Folge der *«angespannten Personalsituation (Knappheit der chirurgischen leitenden Ärzte und Chefärzte)»*. Diese beunruhigenden Informationen blieben zwei Monate unwidersprochen im Raum stehen, bis das GNW am 15. November die Namen der fünf neuen Spitalärzte bekanntgab, darunter der neue Departementschef Chirurgie.

Dr. med. Mauro Arigoni: Rücktritt als Departementschef per WB-Leserbrief drei Monate im nachhinein.

Spitalärzte verlangten das Gespräch

Insider berichten, dass die SZO-Ärzteschaft gar keine Freude an der mangelnden Information und Transparenz des GNW hatte und deshalb das Gespräch mit den GNW-Verantwortlichen verlangt hat. Laut Spitaldirektor Burgener haben anfangs November der GNW-Verwaltungsratspräsident, die Mitglieder der GNW-Generaldirektion und Mitglieder der SZO-Direktion mit Vertretern des Ärztekollegiums *«einen konstruktiven Meinungsaustausch geführt.»* Mit der Neu-Anstellung der fünf Spitalärzte sei man nun *«für die Wintersaison bestens gerüstet.»*

Kritik der *Roten Anneliese* zeigt Wirkung:

Leukerbad verfügt endlich einen Baustopp!

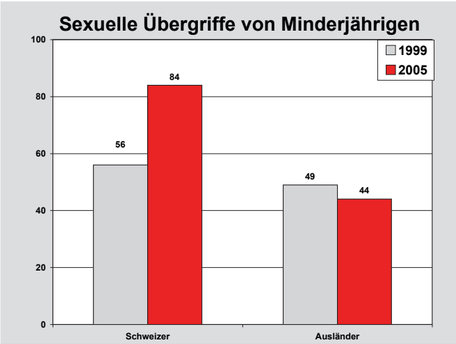
LEUKERBAD – Noch vor wenigen Monaten huldigte die Gemeinde Leukerbad dem ungebremsten Zweitwohnungsbau und sprach sich klar gegen jegliche Beschränkungen aus. Im September berichtete die RA über den Zweitwohnungs-Rausch in der Bäderstation. Keine zwei Monate später hat der Gemeinderat einen Baustopp für Zweitwohnungen beschlossen.

(ktm) Im Amtsblatt vom 9. November kündigt die Gemeinde Leukerbad überraschend einen Baustopp für Zweitwohnungen an. Wie früher schon Zermatt und Saas-Fee hat Leukerbad eine Planungszone über das gesamte Baugebiet für eine maximale Dauer von zwei Jahren erlassen. In dieser Frist soll ein Reglement erstellt werden, welches eine Begrenzung des Zweitwohnungsbaus zum Ziel hat. Bis das Reglement genehmigt ist, dürfen keine Baugesuche für Zweitwohnungen sowie Umnutzungen von Erst- in Zweitwohnungen oder von Hotels in Zweitwohnungen bewilligt werden.

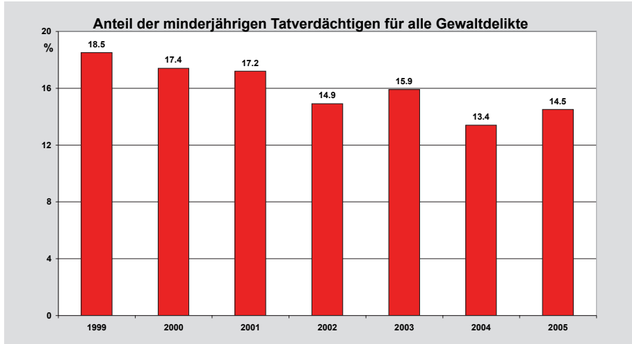
Massnahmen jahrelange hinausgeschoben

Der Gemeinderat von Leukerbad hat diese Massnahme jahrelang hinausgeschoben. Längst haben Kritiker auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen, weil der Zweitwohnungsanteil rund 72,5 Prozent beträgt, das heisst von insgesamt 2900 Wohnungen sind 2100 Zweitwohnungen. Doch die Gemeinde Leukerbad liess sich Zeit und bewilligte zunächst reihenweise Luxusresidenzen, welche die Baufirma Schnyder baute und welche auf dem Immobilienmarkt in England zu Preisen bis zu 4 Millionen pro Wohnung feilgeboten werden. In der kantonalen Umfrage vom letzten Dezember stellte sich die Gemeinde unter dem Präsidium von Jean-Roland Roten noch selbstsicher gegen jegliche Regelung des Zweitwohnungsbaus.

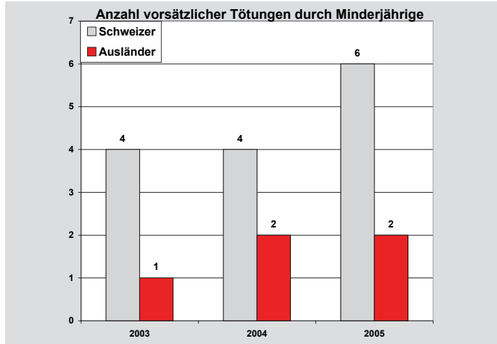
Justizminister Christoph Blocher: Missbrauch der sexuellen Übergriffe als höchste Stufe der politischen Propaganda.



Im Jahr 2005 gab es 84 Strafurteile wegen sexuellen Übergriffen durch Schweizer Minderjährige und 44 durch ausländische.



Im Jahr 2005 waren im Bereich der Gewaltdelikte nur 14,5 % der Tatverdächtigen minderjährig. Der prozentuale Anteil nahm von 1999 bis 2005 um 4 % ab.



Quellen: Bundesamt für Polizei (BAP) und Bundesamt für Statistik (BFS)

Im Jahr 2005 wurden acht Minderjährige wegen vorsätzlicher Tötung verurteilt. Sechs davon waren Schweizer, zwei Ausländer mit Schweizer Wohnsitz.

Propagandaminister Christoph Blocher und die angebliche «Massenvergewaltigung» in Zürich-Seebach

Missbrauch der sexuellen Übergriffe zu Wahlzwecken

BRIG-GLIS – Im letzten September trat Propagandaminister Christoph Blocher in der Simplonhalle vor die Massen und blähte die Jugendkriminalität zum Staatsproblem auf. Dabei setzte er ein altbekanntes Mittel zur Anstachelung des Volkszornes ein: Ausländische Jugendliche vergewaltigen einheimische Mädchen. Die entsprechende Statistik aus dem eigenen Departement hat Blocher verschwiegen. Sie spricht eine andere Sprache.

(ktm) Justizminister Christoph Blocher untermauerte in der Simplonhalle seine Wahlpropaganda wie üblich mit einem einschlägigen Beispiel: *«In der Stadt Zürich vergewaltigte eine Bande von Jugendlichen ein dreizehnjähriges Mädchen.»* Maliziös verwies er dabei auf deren ausländische Herkunft. Einmal mehr hat sich damit Justizminister Blocher über die Unschuldsvermutung hinweggesetzt und eine Vorverurteilung vorgenommen. Genau so wie der Scharfmacher Peter Rüegger von der ermittelnden Stadtpolizei Zürich vor den Schweizer Medien. Bekanntlich sind im Dezember 2006 Rüegger *«die Haare zu Berge gestanden»* und er hat die einvernommen Tatverdächtigen kurzerhand als *«Täter»* bezeichnet. Wie die Schweizer Presse inzwischen reumütig berichtet, wird von der angeblichen *«Massenvergewaltigung»* nicht viel übrig bleiben. Der Jugendstaatsanwaltschaft will Ende November berichten. Die angebliche *«Massenvergewaltigung»* erweist sich immer deutlicher als Konstrukt der Phantasie alter SVP-Männer sowie übereifriger Journalisten, welche unter Auflagendruck ihrer Verlage stehen.

Mehr Schweizer Sexualdelinquenten

Wörtlich behauptete Justizminister Blocher wenige Zeilen nach der Erwähnung der angeblichen *«Massenvergewaltigung»* folgendes: *«Viele der jugendlichen Täter sind Ausländer, namentlich aus dem Balkan.»* Was heisst jedoch die Behauptung *«viele der jugendlichen Täter»* in Bezug auf die Sexualdelikte, an welchen sich der SVP-Volkszorn im Verlaufe des Wahlkampfes immer mehr aufgeilte? Wer sich die Mühe nimmt, die entsprechende Statistik der Strafurteile anzusehen, dem wird sofort klar, wieso Propagandaminister Blocher und auch die SVP diese Zahlen aus dem eigenen Departement verschweigen. Denn dort steht etwas ganz anderes *(siehe Grafik)*: Erstens wurden im Jahre 2005 wegen Sexualdelikten bloss 128 Jugendliche verurteilt. Davon waren 84 Schweizer und 44 Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz. Zweitens zeigt die Statistik, dass die Zahl der ausländischen Sexualdelinquenten zwischen 1999 und 2005 um fünf Fälle abgenommen hat, während die Schweizer Sexualdelinquenten von 56 auf 84 zugenommen haben. Die SVP-Propaganda hat gezielt auf die hochemotionale Tabuzone der Sexualität gesetzt, wo die Empörung der Bevölkerung erwartungsgemäss leicht zu erregen ist. Bekanntlich haben die Nationalsozialisten – allen voran Reichspropagandaminister Joseph Goebbels – die Vergewaltigung als wirksames Mittel gegen die Juden eingesetzt *(siehe Kasten zum Film Jud Süss)*.

Anteil der Jugendgewalt hat klar abgenommen

Einer der SVP-Einflüsterer ist der Zürcher Kripo-Chef Bernhard Herren, den Blocher auch in seiner Briger Rede zitierte. Die SVP Spezialisierung auf die Jugendkriminalität geht offenbar auf die Statistiken der Kantonspolizei Zürich vom Februar 2007 zurück. Damals hat sich Kripo-Herren mit seinen Analysen in die Nesseln gesetzt. So hatte Herren im SVP-Stil behauptet, die Jugendkriminalität habe im Jahr 2006 um 3,3 Prozent zugenommen. Die Jugendstaatsanwaltschaft hingegen erklärte genau das Gegenteil, nämlich eine Abnahme von 2,9 Prozent. Herren hatte mit einem Buebetrickli sämtliche Tatverdächtige in die Statistik miteinbezogen und damit die Zahl medienwirksam aufgeblasen. Zudem hatte die Kantonspolizei behauptet, bei den Jugendlichen hätten die schweren Delikte überproportional zugenommen. Eine Behauptung, welche die SVP-Wahlpropaganda ebenfalls von der Kapo Zürich übernommen hat. Diese Behauptung kann durch die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundesamtes für Polizei – also mit Zahlen aus dem Departement von Propagandaminister Blocher – eindeutig widerlegt werden: Der Anteil der minderjährigen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen hat nämlich von 1999 bis 2005 für alle Gewaltdelikte von 18.5 Prozent auf 14.5 Prozent abgenommen *(siehe Grafik)*. Unbestritten ist, dass die Zahl der Gewaltdelikte von Minderjährigen in den letzten Jahren angestiegen ist, aber der Anstieg bei den Erwachsenen ist laut Statistik des Bundesamtes für Polizei stärker. Die Fokussierung auf die Jugendkriminalität ist folglich nicht korrekt und scheinheilig. Einen Wahlkampf darauf aufzubauen, zeugt von Zynismus und Verachtung der Jugend.

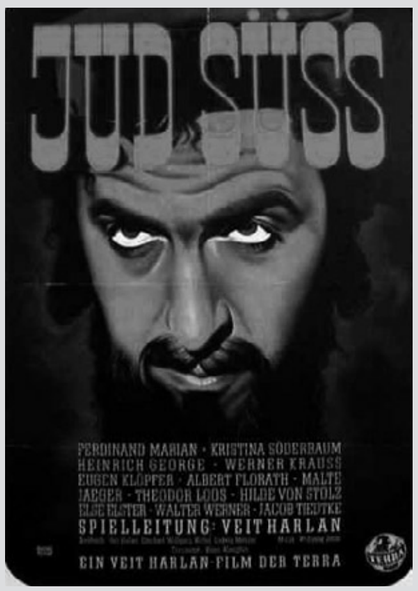
Mehr vorsätzliche Tötungen von Schweizern

Es ist unbestritten, dass der Anteil der ausländischen Jugendlichen an den Gewaltdelikten überproportional ausfällt. Das ist keineswegs neu und weniger eine Ausländerfrage als eine Frage der Schichtzugehörigkeit. Wenn die SVP immer wieder mit dem Finger auf diese Gewaltdelikte der ausländischen Jugendlichen zeigt, dann wäre es fair, auch die Statistik der vorsätzlichen Tötungen bekannt zu machen. Diese Statistik *(siehe Grafik)* widerspricht dem Schweizer-Ausländer-Raster der SVP-Ideologen: Beispielsweise im Jahr 2005 wurden von insgesamt acht vorsätzlichen Tötungen durch Minderjährige sechs von Schweizern und zwei von Ausländern begangen. Zudem wird die Behauptung der SVP, dass die schweren Gewaltdelikte von Jugendlichen geradezu ein staatsgefährdendes Problem seien, durch die Statistik der unbedingten Gefängnisstrafen wegen schweren Gewaltdelikten stark relativiert. Denn zwischen 1999 und 2005 pendelte die Zahl der diesbezüglichen, unbedingten Gefängnisstrafen zwischen 210 und 330. In nur zehn Fällen gab es Gefängnisstrafen von mehr als einem halben Jahr.

SVP-Wahlplakat:
Aufruf zur Selbstjustiz und Gewalt

Sind das die wahren Grundwerte der SVP?

Die SVP vertritt in ihrem Wahlprogramm *«die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur.»* Die Jugendkriminalität ist für die SVP das Staatsproblem Nummer eins. Das SVP-Schafplakat hingegen propagiert die Gewalt und die Selbstjustiz der weissen gegen die schwarzen Schafe, der Guten gegen die Feinde, der Arier gegen die Nicht-Arier, der Braven gegen die Andersdenkenden. Sind das die neuen Werte für die Schweizer Schulen? Wenn die Schweizer SchülerInnen genau so skrupelos wären wie die SVP-Vordenker, dann hätten wir auf den Pausenplätzen tatsächlich den Gewalt-Notstand, welchen die SVP immer wieder heraufbeschwört.



Filmplakat zum antisemitischen Propagandafilm «Jud Süss»

Der antisemitische Nazi-Film «Jud Süss» (1940)
Vergewaltigung einer arischen Tochter angedichtet

Im September 1940 wurde an den Filmfestspielen in Vendig unter dem Beifall der deutschen und italienischen Faschisten der antisemitische Film «Jud Süss» uraufgeführt. Ein judenfeindliches Machwerk, dessen Dramaturgie vom Führer Adolf Hitler und von Reichs-Propagandaminister Joseph Goebbels entscheidend mitgeprägt wurde. Der Film zeichnet die Geschichte des Juden Joseph Süss Oppenheimer (1692–1738), welcher Finanzberater des württembergischen Herzogs Karl Alexander war und durch seine Steuerpolitik den Zorn der Adligen und des Volkes auf sich zog. 1738 wurde Süss Oppenheimer vor den Toren Stuttgarts aufgehängt, obwohl die Beweise für die Anklagepunkte des Hochverrates und der Korruption fehlten. Hitler und Goebbels bestimmten den Film bis ins kleinste Detail und befahlen, dass der «Jud Süss» mit allen antisemitischen Vorurteilen wie Habgier, Feigheit und Hinterlist ausgetattet wurde.

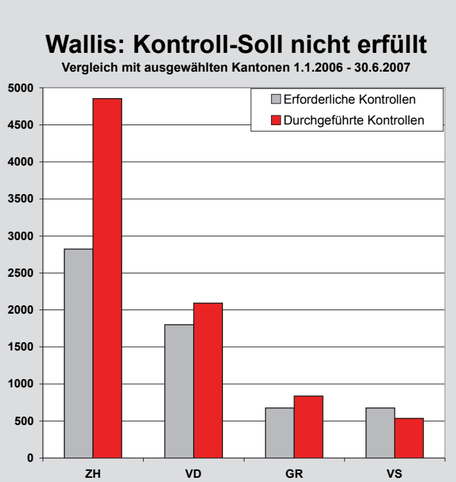
Der Film wurde bei Mitgliedern der PNOS gefunden

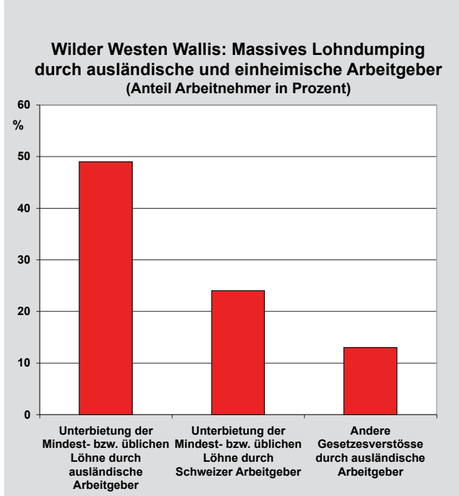
Doch das allein hätte bei weitem nicht die gewünschte Wirkung gezeigt: Auf Befehl von Hitler und Goebbels wurde dem Juden Süss Oppenheimer die Vergewaltigung einer arischen Tochter angedichtet, ohne dass dies den historischen Tatsachen entsprach. Der Film erzielte die gewünschte Wirkung. Während den Film-Vorführungen wurde der Volkszorn und der Hass angestachelt und artete nach den Vorführungen in spontane Demonstrationen gegen die Juden aus. Der Film «Jud Süss» machte sich das hochemotionale Tabuthema der Sexualität zu Nutze und erleichterte die Deportation der Juden in die Konzentrationslager. Der Film «Jud Süss» gilt in der rechtsextremen Szene noch heute als Kultfilm. So wurde der Film bei zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern der PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) gefunden, welche im Oktober wegen Rassendiskriminierung verurteilt wurden *(siehe Seite 9)*. PNOS-Anhänger sind auch Anhänger der SVP. Unbehelligt liefen sie am SVP-Marsch in Bern mit.

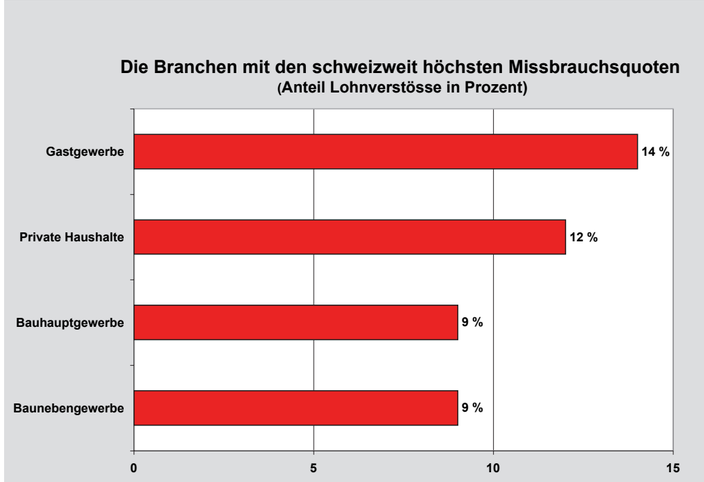
SECO-Bericht enthüllt:

Das Wallis schont die Lohndrücker

Bauarbeiter kämpfen und streiken derzeit um ihren Gesamtarbeitsvertrag: Auch im Wallis ist der Landesmantelvertrag (LMV) das Bollwerk der flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping.







WALLIS – Zu wenig Inspektoren, zu wenig Kontrollen, zu wenig Biss: Der Kanton Wallis schlampt im Kampf gegen das Lohndumping. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit bleiben auf der Strecke, die Lohnabhängigen geraten unter die Räder. Kein Wunder, dass die Arbeitgeber frohlocken: Der freie Zugang von Arbeitskräften aus dem Ausland sei ein Segen für die Wirtschaft.

VON BEAT JOST

Auf dem Papier steht alles zum Besten: Seit drei Jahren schon sind die viel gerühmten flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit den EU-Ländern in Kraft. Im Zuge der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Ostländer wurden die Massnahmen vor Jahresfrist zusätzlich verschärft. 150 Inspektoren sollen schweizweit darüber wachen, dass die gesamtarbeitsvertraglichen Löhne und Arbeitsbedingungen eingehalten und vor allem in den vertragslosen Billiglohnbranchen die Ausländer nicht zum Lohndumping missbraucht werden. In der Pflicht sind die Kantone: Ihre so genannt tripartiten Kommissionen – zusammengesetzt mit Arbeitgebern, Gewerkschaftern und Kantonsvertretern – müssen die Kontrolltätigkeit organisieren und nötigenfalls der Lohndrückerei einen Riegel schieben *(siehe Box)*.

Und damit fängt das Elend an. Diverse Kantone nehmen es nicht so genau mit dem bundesgesetzlichen Auftrag. Zu ihnen zählt – wen wundert's? – auch das Wallis. Der Kanton schont die Lohndrücker! Die Fakten dazu liefert der jüngste Bericht des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen:

- Die kantonale tripartite Kommission hätte aufgrund klarer Leistungsvereinbarungen im Zeitraum 1. Januar 2006 bis 30. Juni 2006 insgesamt 675 Kontrollen durchführen müssen.
- Die Vorgabe aus Bern wurde im Wallis um 21 Prozent unterschritten. Statt mindestens 675 Kontrollen wurden effektiv nur 535 durchgeführt.

Graubünden macht mehr

Bei der kantonalen Dienststelle für Arbeitnehmerschutz, erst seit April 2007 zuständig für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen, misst man diesen Zahlen keinen grossen Wert bei. Nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Kontrollen komme es an, und die sei im Wallis gut, hält Sektionschef Marcel Schwestermann der Kritik entgegen: *«Darum hat das Seco den Kanton Wallis gemäss Leistungsvertrag auch voll entschädigt und keinen Abzug gemacht.»*

Dass mehr möglich und nötig ist, beweisen andere Kantone. In Zürich gab es 72 Prozent mehr Kontrollen als vorgeschrieben. Im Kanton Graubünden, der mit dem Wallis in jeder Hinsicht vergleichbar ist, wurde das Kontroll-Soll um 24 Prozent übertroffen *(siehe Grafik)*. Doch das ist nur ein Teil der Walliser Schlamperei. Nahezu zwei Drittel der Kontrollen entfielen auf ausländische Arbeitgeber, die Leute ins Wallis entsenden, nur ein Drittel jedoch auf einheimische Arbeitgeber. Das heisst: Bei hiesigen Firmen, die Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren, wird mehr weggeschaut.

Dabei wäre genau das Gegenteil nötig. Fünf Gründe sprechen dafür, auch die ansässigen Firmen viel genauer unter die Lupe zu nehmen:

- Das Wallis ist hinter Graubünden, Jura und Genf der Kanton mit der höchsten Zahl meldepflichtiger Kurzaufenthalter im Dienste von Schweizer Arbeitgebern.
- Lohndumping ist im Wallis in Betrieben mit Schweizer Arbeitgebern häufiger als bei Entsendefirmen. Bei einem Fünftel der ansässigen Betriebe und einem Viertel ihrer Arbeitnehmenden werden die Mindestlöhne unterboten. Höher ist mit 49 Prozent nur noch der im schweizerischen Vergleich höchste Anteil der entsandten Arbeitnehmenden, die beim Mindestlohn beschissen werden.
- Im Kanton Graubünden, wo intensiver kontrolliert wird, ist der Anteil der Firmen, die gegen Lohn- und Arbeitsbedingungen verstossen, fast drei Mal so hoch wie im Wallis. Die simple Gleichung: Wer mehr kontrolliert, stösst auf mehr Verstösse und Missbräuche.
- Schweizweit ist das Gastgewerbe gemäss Seco-Bericht die Branche mit der höchsten Missbrauchsquote *(siehe Grafik)*. Das kommt nicht von ungefähr: Die Branche untersteht zwar einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag, doch im Gegensatz zum Baugewerbe mit einer (noch) starken Kontrollpräsenz der Gewerkschaften, sind die paritätischen Kontrollen im Gastgewerbe völlig ungenügend.
- Das Wallis ist ein Tourismuskanton. Mehr als 14 000 Menschen, hauptsächlich AusländerInnen, arbeiten in der Hotellerie und Restauration, verteilt auf über 2 200 Betriebe. Niemand weiss, wie viele Walliser Wirte ihre Lohnrechnung ohne Gesamtarbeitsvertrag machen.

Wallis hat zu wenig Kontrolleure

Woran liegt es, dass der Kanton Wallis im Kampf gegen Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping seinen Pflichten nicht nachzukommen vermag? An der Grösse der tripartiten Kommission kann's nicht liegen. Die ist mit dreissig, durchwegs prominenten Mitgliedern schon fast eine Vollversammlung parastaatlicher Sozialpartnerschaft. Bertrand Zufferey, der als Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften die tripartite Kommission präsidiert, beklagt die Fülle der Aufgaben, die dem Gremium aufgebürdet wurden. Gemessen daran, sei die Zahl der vom Bund insgesamt bewilligten 150 Inspektoren viel zu niedrig.

Tatsächlich stehen im Wallis gerade mal sechs Inspektoren für die Kontrollen im Einsatz – das bei 4 400 Betrieben und 120 000 Beschäftigen, die mehrheitlich erst noch in missbrauchsgefährdeten Branchen (Gastgewerbe, Detailhandel, Baugewerbe) tätig sind. Mindestens doppelt so viele Kontrolleure wären nötig, um der Lohndrückerei durch den freien Personenverkehr ernsthaft Einhalt zu gebieten.

«Der Kanton will im jetzigen Zeitpunkt die Zahl der Inspektoren nicht aufstocken», sagt Sektionschef Schwestermann von der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz. Er rechnet vor, dass in den Bereichen Schwarzarbeit und flankierende Massnahmen zusätzlich zu den sechs Kontrolleuren eine Sachbearbeiterin zu 50%, Juristen für die Sanktionen im Umfang von 40 bis 50% und administratives Personal zu 30 bis 50% beschäftigt würden. Viel wichtiger sei es, die Kontrollen mit den *«vielen Akteuren»* bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit zu koordinieren. Polizei, Steuerbehörden, Fremdenkontrolle, Sozialversicherungen und Paritätische Kommissionen stehen sich dort mitunter effektiv auf den Füssen.

Auch SP-Staatsrat Thomas Burgener, der neuerdings politisch für das heisse Dossier zuständig ist, dämpft die Erwartungen: *«Der Grossrat ist bei der Schaffung neuer Stellen sehr zurückhaltend.»* Synergien verspricht sich Burgener von der Integration der Inspektoren in seine Dienststelle für Arbeitnehmerschutz. *«Für mich ist wichtig, dass es im Kanton kein Sozial- und Lohndumping gibt und dass gegen die Schwarzarbeit konkret vorgegangen wird.»*

Da kann man nur beipflichten: Es gibt viel zu tun. Packen wir's an – bevor die Löhne der Arbeitenden weiter bachab gehen.

Die Tripartite wäre mehr als ein Papiertiger

Gemäss Artikel 360a und 360b des Obligationenrechts (OR) hat die tripartite Kommission des Kantons weitreichende Kompetenzen, um die Lohndrückerei zu bekämpfen:

- Bei Verdacht auf Lohndumping kann sie von sich aus Untersuchungen durchführen und in den Betrieben in alle Dokumente Einsicht nehmen.
- Werden Missbräuche festgestellt, muss sie innert zwei Monaten mit den betreffenden Arbeitgebern eine Lösung treffen.
- Werden in einer Branche oder in einem Beruf ohne GAV mit Mindestlohnbestimmungen die orts-, berufs- oder branchenüblichen wiederholt und missbräuchlich unterboten, kann die tripartite Kommission den Erlass eines Normalarbeitsvertrages (NAV) mit verbindlichen Mindestlöhnen beantragen.
- In Branchen mit nicht allgemein verbindlich erklärten GAV kann die Kommission verlangen, dass diese GAV allgemein verbindlich erklärt werden. Die Allgemeinverbindlicherklärung wurde im Rahmen der flankierenden Massnahmen erleichtert.
- Die kantonale Sanktionsbehörde kann zudem bei Verstössen administrative Bussen bis zu 5 000 Franken und befristete Dienstleistungssperren bis zu fünf Jahren verhängen.
- Strafrechtlich sind Bussen bis zu 40 000 Franken bei der Verletzung der Auskunftspflicht und bei der Vereitelung von Kontrollen und sogar bis 100 000 Franken bei systematischer Verletzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich.

Ergisch: Streit um Umbau von Ställen ausserhalb der Bauzone

Vorwurf der Behörden-Willkür

ERGISCH – Der pensionierte Malermeister Gilbert Grand wirft der Gemeinde Ergisch Willkür bei der Bewilligungspraxis von Stallumbauten ausserhalb der Bauzone vor. Während er seinen Holzschopf zurückbauen musste, habe die Gemeinde in anderen Fällen beide Augen zugedrückt. Ein Fall für die kantonale Baukommission.

VON CYRILL PINTO

Wie überall im Oberwallis wurden auch in Ergisch mehrere Ställe ausserhalb der Bauzone in den letzten Jahren illegal renoviert, vergrössert und ausgebaut. Die Gemeinde unter dem gelben Gemeindepräsidenten Gerhard Eggs zeigte aber nur einen an: Gilbert Grand aus Leuk. Grand besitzt im Weiler Zwischmatten bei Ergisch ein Stück Land mit einem kleinen Häuschen ausserhalb der Bauzone. Der 65-jährige, inzwischen pensionierte Malermeister verbringt dort seine Ferien. Vor zwei Jahren wollte er die Hundehütte neben dem Ferienhäuschen in einen Holzschopf umbauen. Wie die meisten Chalet-Besitzer in Ergisch habe er dafür bei der Gemeinde eine mündliche Bewilligung eingeholt. Was er nicht wusste: Ausserhalb der Bauzone ist die Gemeinde für eine Bewilligung gar nicht zuständig. Was bei den anderen Chaletbesitzer in der Nachbarschaft kein Problem gewesen sei, sei für ihn zum Verhängnis geworden: Prompt wurde er nach Baubeginn von der Gemeinde bei der kantonalen Baupolizei verzeigt. Grand hat inzwischen den in Eigenregie erbauten Anbau samt Fundament wieder zurückgebaut und die ihm auferlegte Busse, sowie die Verfahrenskosten akzeptiert und bezahlt. Eines will ihm aber nicht in den Kopf: *«Weshalb wurde ich von der Gemeinde verzeigt und die anderen Chaletbesitzer wurden unbehelligt gelassen?»* Der als *«Roter»* bekannte Grand vermutet eine Abrechnung des gelben Gemeindepräsidenten Gerhard Eggs hinter der Aktion.

«Es geht mir darum, dass alle gleich behandelt werden»

Auf einer Ortsschau durch die Ergischer Winterlandschaft erklärt Grand, dass es ihm ganz sicher nicht darum gehe, andere anzuschwärzen. Es sei ihm egal, wenn jemand an seiner Ferienhütte rumbastle. *«Es geht mir darum, dass alle gleich behandelt werden»*, so Grand zu den Bauten in seiner Nachbarschaft.
In den vergangenen fünf Jahren sind laut Grand mehrere Ställe zu schmucken Chalets umgebaut und erweitert worden, ohne dass die Gemeinde je interveniert hätte. So habe ein Basler unweit von Grands Haus einen Stall vor drei Jahren um- und ausgebaut. Der Stadel sei inzwischen ein schönes Ferienchalet, ohne dass die Baupolizei bei dieser illegalen Bautätigkeit interveniert habe. *«Ich habe mit dem Basler gesprochen und ihn gefragt, ob er denn eine Baubewilligung eingeholt habe. Er antwortete mir, bei der Gemeinde habe man ihm gesagt, das sei in Ordnung.»*
Ein weiterer Nachbar, der in Naters wohnhaft ist und ebenfalls seine Hütte in ein Chalet mit Anbau umfunktionierte, sei ebenfalls von den Behörden unbehelligt geblieben. Auch unmittelbar daneben stehe eine weitere illegal umgebaute Ferienhütte. Diese Ferienchalets befinden sich nur wenige Minuten Fussweg vom Dorf Ergisch entfernt. Ein Stück weiter unten besichtigen wir mit Grand ein Ferienhaus eines Baselländers: *«Dieser Anbau hat er letztes Jahr gemacht. Eine Bewilligung hat auch er nicht eingeholt»*, so Grands Kommentar. Umbauten an den Chalets können von den Einheimischen nicht übersehen werden. Das gilt auch für einen Unterstand an der Strasse zum Weiler mit den Chalets. Auf Betonpfeilern und mit einem Dach aus Plastik erbaute ein Ergischer Ferienaufenthalter einen Unterstand für sein Auto. Laut Grand *«ohne Bewilligung»*.

Eine Ortsschau der kantonalen Baupolizei könnte nicht schaden

Die RA hat Gemeindepräsident Gerhard Eggs mit Grands Vorwürfen konfrontiert. Eggs widerspricht der Behauptung, die Gemeinde sei untätig geblieben. In den letzten Jahren seien mehrere Verfahren wegen illegalen Bauten ausserhalb der Bauzone eröffnet worden. Viele dieser Chalets hätten im Nachhinein eine Bewilligung erhalten. Grand war offenbar nicht unter den Glücklichen!
Vom Unterstand bei der Zubringerstrasse zum Chalet-Weiler will Eggs nichts gewusst haben: *«Ich gehe nicht jeden Tag da hinauf»*, so Eggs lapidarer Kommentar zur Plastik-Garage. Und er fügt hinzu: Wenn jemand verurteilt werde, sei dieser halt verständlicherweise sauer. Eine definitive Klärung von Grands Vorwürfen liegt in der Kompetenz der kantonalen Baukommission. Ein Besuch der Baupolizei in Ergisch könnte auf jeden Fall nicht schaden. Die RA bleibt dran.

Unterschiedliche Bewilligungspraxis in Ergisch: Grand musste seinen Anbau (links) zurückbauen, andere (rechts) dürfen sich freuen.

Rassistisches Parteiprogramm: Bereits zum zweiten Mal wurde im Oktober die Führung der PNOS wegen wiederholter, rassistischer Diskriminierung verurteilt.

Rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)

Die Parteigründung im Wallis steht bevor

WALLIS – Die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) gründet jetzt auch im Wallis eine Sektion. Jonathan Leiggener aus Ausserberg ist als erster Walliser Exponent vorgesehen. Interviews gibt er allerdings keine. Einen Telefonanschluss sucht man vergeblich. Die PNOS Wallis soll als Brückenkopf für die gesamte Westschweiz dienen.

VON CYRILL PINTO

Die PNOS will in die Westschweiz expandieren und gründet in den nächsten Wochen eine Sektion im Wallis. Das genaue Datum der Parteigründung steht allerdings noch nicht fest, wie PNOS-Sprecher Mario Friso gegenüber der RA wissen liess. Man überlege sich auch erstmals die Gründungsversammlung öffentlich durchzuführen und die Medien zu diesem Anlass einzuladen. Die Gründung der PNOS-Wallis wurde bereits Anfang Oktober angekündigt. Noch seien ein paar Sachen zu erledigen, so Friso. Auch ein Interview mit dem Walliser Exponenten der Partei, Jonathan Leiggener, wollte der Berner Oberländer Friso nicht zulassen: *«Wir wollen ihn noch vor den neugierigen JournalistInnen schonen»*, meinte Friso am Telefon. Die rechtsextremistische Partei wurde in den letzten Wochen regelrecht durchgeschüttelt. Das Parteiprogramm der PNOS wurde in einem Gerichtsurteil als rassistisch beurteilt, der Vorstand wurde darauf wegen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnorm verurteilt. Daraufhin – und auch wegen internen Querelen – traten Dominic Bannholzer und Michael Haldimann aus dem Parteivorstand zurück. Jetzt soll dafür der Walliser Leiggener einerseits die Walliser Sektion leiten, aber auch im Vorstand der PNOS-Schweiz Einsitz nehmen.

Leiggener: Ein unbeschriebenes Blatt

Der aus Ausserberg stammende Leiggener arbeitete als Gemeindearbeiter und eröffnete 2005 in Sapinhaut – einem Weiler oberhalb von Saxon – ein kleines Atelier für Tierpräparationen. Er selbst ist bisher politisch nicht in Erscheinung getreten. Der neue PNOS-Hoffnungsträger ist ein unbeschriebenes Blatt. Auch ist es schwierig, ihn zu erreichen: Sein Telefonanschluss in Saxon ist gesperrt. Wie die RA bereits früher berichtete, hat die PNOS im Wallis bereits heute einige Einzelmitglieder, die der Oberwalliser Nazi-Skin-Szene zuzuordnen sind. Friso bestätigte denn auch auf Anfrage, dass die Oberwalliser PNOS-Mitglieder bisher in der Berner Oberländer Sektion aktiv waren. *«Wir sind ja da ziemlich nahe dran»*, so Frisos Kommentar zu den Beziehungen zu den *«Oberwalliser Kameraden»*.

Verbindung zu Blood & Honour

Die PNOS-Gründung im Wallis kommt nicht überraschend. Bereits vor fünf Jahren deckte die RA Verbindungen der Oberwalliser Nazi-Skins mit der PNOS auf. Die im Oberwallis aktiven Rassisten sind allesamt bei Blood & Honour aktiv. Aus diesem braunen Sumpf stieg auch die PNOS empor. Tatsächlich entstand die PNOS im Jahr 2000 im Umfeld der Nazi-Skinbewegung Blood & Honour. Der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) im Bundesamt für Polizei schätzt ihre Mitgliederzahl auf etwas über 100 Personen. Immer wieder wurden der Partei Verstrickungen mit Neonazis nachgewiesen. Trotzdem hat die PNOS diese, auch nach dem jüngsten Urteil und den darauf folgenden Rücktritten, unbeschadet überstanden. In zwei Gemeinden verfügt die Partei sogar über politische Mandate. Die PNOS errang im Gemeindeparlament von Langenthal BE und im Gemeinderat von Günsberg SO zwei Sitze.

Gamsen: Verfahren immer noch hängig

(cp) Das mediale Echo auf das Neonazikonzert vom 17. September 2005 in Gamsen war riesig. Der *«Rundschau»* des Schweizer Fernsehens gelang es damals, unbemerkt Filmaufnahmen vom Anlass hinauszuschmuggeln und veröffentlichte diese. Die Aufnahmen zeigten unter anderem die Neonaziband *«Amok»* mit rassistischen Texten auf der Bühne spielend. 400 Neonazis waren auf Einladung von Blood & Honour Schweiz ins Wallis gereist. Daraufhin zeigte die Walliser Kantonspolizei 18 Personen an, davon 12 Oberwalliser, zwei Unterwalliser, einen Waadtländer, einen Zürcher, einen Aargauer und einen Baselbieter. Zwei Personen wurden in Untersuchungshaft genommen. Nach Aussage von Kripo-Chef Robert Steiner wurden bei den Oberwalliser Nazi-Skins auch Hausdurchsuchungen durchgeführt. Laut der zuständigen Untersuchungsrichterin Fabienne Jelk sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Zurzeit läuft das Beweisergänzungsverfahren. Erst vor Gericht dürfte dann auch bekannt werden, was bei den Nazi-Skins zu Hause so alles gefunden wurde. Kripo-Chef Steiner äusserte sich dazu nur sibyllinisch: *«Es wurden Sachen gefunden, die dort nicht hingehören»*.

Der Kanton Wallis ist aufgewacht – Die Jahre des Kolonialismus sind vorbei

Hochdruck gegen die Strombarone

Der Pfynwald gehört zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN): Der Walliser Staatsrat verlangt eine Prüfung der Verlegung der Hochspannungsleitung in den Boden, und zwar von Chamosson bis Mörel. Eine Ausdehnung bis nach Ulrichen ist notwendig.

Das Kraftwerk Mattmark ist ein typisches Partnerwerk und gehört grösstenteils den Überlandwerken des Mittellandes: Die Jahresproduktion beträgt 665 GWh. Die Gewinne in der Höhe von schätzungsweise über 20 Millionen Franken werden nicht im Wallis versteuert. Für Kanton und Gemeinden gehen so Steuereinnahmen von je zwei Millionen Franken verloren.

WALLIS – Als im Februar 2006 die *Rote Anneliese* auf die horrenden Stromgewinne hinwies und höhere Wasserzinse forderte, lagen die Politiker der Gebirgskantone noch im Dauerschlaf. Inzwischen ist die Alpen-Opec aufgewacht und vor allem im Kanton Wallis weht den Strombaronen ein eisiger Wind ins Gesicht. Vier Beispiele:

VON KURT MARTI

1. Beispiel: Höhere Wasserzinse

Jahrelang hatte der Glarner FDP-Regierungsrat Pankraz Freitag als Präsident der Alpen-Opec es sträflich versäumt, höhere Wasserzinse zu fordern. Kein Wunder, denn er sass im Verwaltungsrat der Axpo, dem grössten Stromkonzern der Schweiz. Dann übernahm SPO-Staatsrat Thomas Burgener die Präsidentschaft der Alpen-Opec. Zunächst ging's im gleichen Trott weiter. Im Februar 2006 kritisierte die *Rote Anneliese* die Untätigkeit Burgeners, welcher versprach, die Wasserzins-Erhöhung auf die Traktandenliste der Regierungskonferenz der Gebirgskantone zu nehmen. Im vergangenen August forderten die Gebirgskantone in einer Pressekonferenz in Bern höhere Wasserzinse. Für den Kanton Wallis liegen dabei zusätzliche 50 bis 100 Millionen drin, welche heute noch in die Kassen der Besitzer der sogenannten Überlandwerke (Axpo, BKW, Atel, EOS, EWZ, etc.) fliessen, das heisst in die Kassen der Städte und Kantone im Mittelland. Es wird nun Aufgabe der neugewählten Walliser National- und Ständeräte sein, die Erhöhung der Wasserzinse in Bern durchzusetzen. Die RA bleibt dran.

2. Beispiel: Gerechte Besteuerung der Partnerwerke

Die Walliser Wasserkraftwerke funktionieren mit wenigen Ausnahmen als sogenannte Partnerwerke. Beim Bau der Kraftwerke fehlte den Wallisern das Geld, welches die Städte und Kantone des Mittellandes über ihre Stromwerke einschossen. Diese erkauften sich so proportional einen Anteil an der Stromproduktion der Wasserkraftwerke. Die Walliser Wasserkraftwerke produzieren heute zu einem Durchschnittspreis von rund 4 Rappen pro Kilowattstunde. Der Marktpreis hingegen beträgt 8 bis 11 Rappen. Die Preisdifferenz fällt als Gewinn nicht im Wallis an und wird auch nicht hier versteuert. Durch diesen Umgehungstrick werden jährlich rund 500 Millionen Franken am Walliser Fiskus vorbeigeschafft, wobei dem Kanton Wallis und den Gemeinden je rund 50 Millionen Franken Steuereinnahmen entgehen. Ins Rollen kam dieser Skandal durch die Kritik privater Aktionäre der Energie Electrique du Simplon (EES) in der Handelszeitung. Dann verlangten die Gemeinden Simplon-Dorf und Gondo die Besteuerung der EES-Gewinne in der Höhe von 10 Millionen an Ort und Stelle.

Auch die Gemeinde Bitsch hat die Zeichen der Zeit erkannt und gemerkt, dass jährlich wertvolle 2 Millionen Steuereinnahmen den Rotten hinunterfliessen. Was das Finanzdepartement von Staatsrat Jean-René Fournier schon längst für den gesamten Walliser Kraftwerkpark hätte liefern sollen, gibt nun die Gemeinde Bitsch selbst in Auftrag: Ein Experten-Gutachten zur Besteuerung der Gewinne der Electra-Massa AG. Übrigens: Sowohl bei der Electra Massa AG als auch bei der EES sitzt der abtretende Ständerat Rolf Escher im Verwaltungsrat und hätte die Walliser Interessen vertreten müssen. Mit Spannung werden die Vorschläge des Walliser Staatsrates zur Besteuerung der Partnerwerke erwartet. Die RA bleibt dran.

3. Beispiel: Keine ungerechten Tarife für die Stromautobahn

Was sich das von SPS-Bundesrat Moritz Leuenberger geführte Energiedepartement UVEK mit der neusten Stromversorgungsverordnung (StromVV) leistete, geht auf keine Kuhhaut und zeigt die nach wie vor starke Präsenz der Stromlobby in Bern. Die Strompreise in den Wasserkraftkantonen werden um rund drei Rappen steigen, weil die Stromkonsumenten Gebühren für das Hochspannungsnetz bezahlen sollen, das sie beispielsweise im Wallis gar nicht benutzen. Bereits hat das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) eine entsprechende Tariferhöhung auf Anfang 2008 angekündigt. Beinahe in letzter Minute haben SP-Vertreter der Gebirgskantone die Notbremse gezogen und eine Kurskorrektur durch den Bundesrat gefordert. Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone ist der SP-Kritik gefolgt und fordert eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung, welche in der aktuellen Form das Wallis rund 60 Millionen kosten würde. Zudem würde mit der StromVV das Stromsparen bestraft und das Stromverschwenden belohnt sowie die dezentrale Stromproduktion aus Wind, Sonne, Holz und Wärmekraftkopplung benachteiligt *(siehe Kasten)*. Die RA bleibt dran.

4. Beispiel: Hochspannungsleitungen in den Boden

Im April 2006 verlangte die *Rote Anneliese* im Naturschutzgebiet des Pfynwaldes eine Verlegung der Hochspannungsleitung in den Boden. Die zuständigen kantonalen Dienststellen äusserten sich gegenüber den Bundesstellen zum geplanten Neubau der Hochspannungsleitung von Chippis nach Mörel, ohne eine unterirdische Verkabelung der Hochspannungsleitung zu erwähnen.
Inzwischen hat sich ein gutes Dutzend Schweizer Gemeinden zur Interessengemeinschaft *«Hochspannung in den Boden»* formiert. Eine der treibenden Kräfte ist Gérard Gillioz, der Gemeindepräsident von Salins im Unterwallis. Und schliesslich hat auch der Walliser Staatsrat davon Wind bekommen und im vergangenen August mit einem Brief an das Bundesamt für Energie (BFE) verlangt, dass die Machbarkeit einer Verkabelung der gesamten Leitung von Chamoson bis nach Mörel geprüft wird. Eine Ausdehnung der Machbarkeits-Prüfung auf die geplante Leitung von Mörel bis Ulrichen liegt auf der Hand.
Im Oktober erfolgte der vorläufige Höhepunkt des Widerstandes gegen den Bau von neuen Hochspannungsleitungen: Der Walliser Grosse Rat nahm mit 81 Ja-Stimmen, sechs Enthaltungen und einer einzigen Gegenstimme eine dringliche Resolution des CVP-Grossrates Paul-André Roux an, welcher ebenfalls verlangte, dass die Machbarkeit einer Verkabelung von unabhängiger Seite geprüft wird. Denn die Westschweizer Energiegesellschaft Energie Ouest Suisse (EOS) hat bereits früher die Machbarkeit der Verkabelung der Pfynwald-Strecke geprüft und ist logischerweise zu einem negativen Schluss gelangt.

Entwurf der Stromversorgungsverordnung (StromVV) – Im Widerspruch zu den energiepolitischen Zielen des Bundes

Stromverschwender werden belohnt

BERN – Die Vernehmlassung der neuen Stromversorgungsverordnung (StromVV), welche auf Mitte Oktober befristet war, enthält starken Tobak. Energiefachmann Heini Glauser hat im Auftrag der Schweizerischen Energiestiftung (SES) das Berechnungsmodell für die Durchleitungstarife unter die Lupe genommen und kommt zum Schluss: Stromsparer und Eigenproduzenten werden bestraft, Stromverschwender werden belohnt.

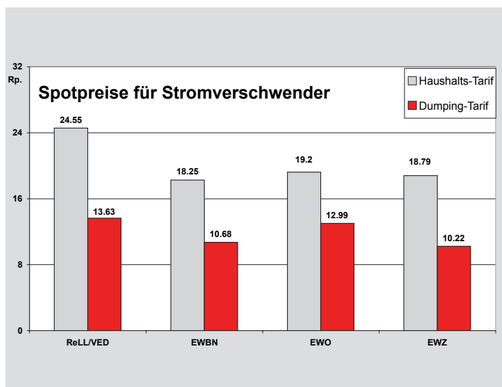
Kaum zu glauben, was für einen strompolitischen Unsinn die Fachleute aus dem Bundesamt für Energie (BFE) in den Artikel 15 der neuen StromVV verpackt haben, beziehungsweise von der Strombranche übernommen haben. Weil die Elektrizitätswerke in Zukunft die Übertragungs- und die Produktionskosten auf der Stromrechnung separat ausweisen müssen, braucht es ein Modell zur Berechnung der Durchleitungstarife auf dem Übertragungsnetz. Artikel 15 des Entwurfes der StromVV schlägt vor, dass die Durchleitungstarife zu 70% aufgrund der beanspruchten Höchstleistung und zu 30% aufgrund des verbrauchten Stroms berechnet wird.

Stromsparer zahlen 47,8 Rappen, Stromverschwender 5,6 Rappen pro kWh

Glausers Berechnungen sind brisant: Ein sparsamer Haushalt mit einem jährlichen Stromverbrauch von 1000 kWh und einer Höchstleistung (Kochherd und Backofen) von 10 kW müsste einen horrenden Durchleitungstarif von 47,8 Rp./kWh bezahlen. Ein Verschwender-Haushalt mit einer Elektroheizung (Verbrauch 35000 kWh und Höchstleistung 20 kW) hingegen kann mit bloss 5,6 Rp./kWh rechnen. Falls der sparsame Haushalt die Hälfte seines Stromverbrauches selber produziert (Wind, Sonne, Wärme-Kraftkopplung WKK) steigt der Durchleitungstarif auf astronomische 92,6 Rp./kWh. Aber auch kleine Gewerbebetriebe mit einem Spitzenleistung von 20 kW und einem Stromverbrauch von 5000 kWh kommen zur Kasse. Pro Kilowattstunde zahlen sie 20 Rappen Durchleitungsbebühr. Falls sie die Hälfte ihres Stromverbrauchs mit Wind, Sonne oder WKK decken, hüpft der Tarif auf 38,9 Rappen hoch.
Solche Preissignale widersprechen den energiepolitischen Zielsetzungen des Bundes und müssen unbedingt vom Bundesrat korrigiert werden.

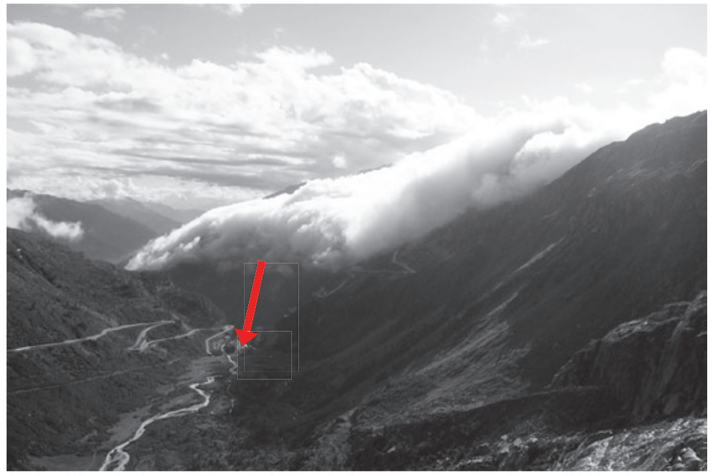
Dumpingpreise für Elektroheizungen

Stromsparen lohnt sich nicht!

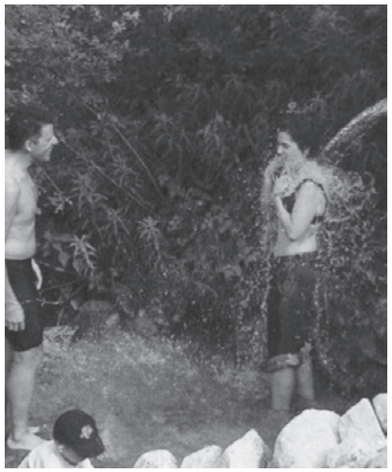


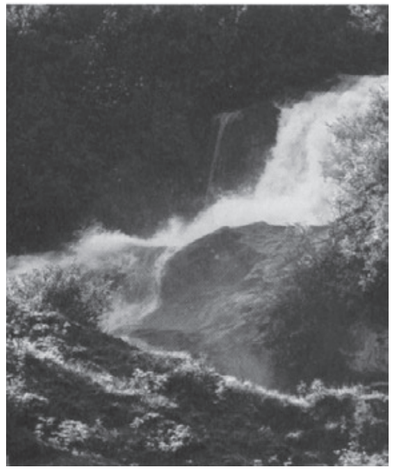
Abkürzungen:
EWBN (Elektrizitätswerk Brig-Naters AG), EWO (Elektrizitätswerk Obergoms AG), EWZ (Elektrizitätswerk Zermatt AG), ReLL (Regionale energie Lieferung Leuk AG), VED (Visp Energie Dienste AG)

Im Kanton Wallis werden rund 400 GWh Strom in Elektroheizungen verbraucht, was rund einem Sechstel des gesamten Stromverbrauchs im Wallis entspricht. Zum Vergleich: Um alle Elektroheizungen im Wallis zu betreiben, wären vier Windparks im Format des Grimselprojektes notwendig. Obwohl Fachleute sich längst einig sind, dass Stromheizungen für ganze Wohnungen und Gebäude energetischer Unsinn sind, können die Betreiber von Elektroheizungen immer noch mit Dumping-Preisen rechnen. Die Grafik zeigt die massive Differenz zwischen einem sparsamen Haushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 1600 kWh und einem Haushalt mit Elektroheizung mit einem Gesamtverbrauch von 25000 kWh. Im Lieferbereich des Elektrizitätswerkes Brig-Naters (EWBN) beträgt der Spotpreis für Elektroheizungen 10,68 Rappen/kWh (inklusive Grundgebühr), während ein Sparhaushalt 18,25 Rappen/kWh bezahlen muss. Die Differenz beträgt beim EWBN 7,57 Rp./kWh, beim EWO 6,21 Rp./kWh, beim EWZ 8,57 Rp./kWh und bei der ReLL und der VED stolze 10,92 Rp./kWh.
(www.strompreise.preisueberwacher.ch/web/d/)



An den Ufern der jungen Rhone bei Gletsch: Das Wasser würde bei Gletsch (Pfeil) gefasst. Weiter unten folgt das kantonale Auenschutzgebiet Sand bei Oberwald.





Rauschende Bäche in der Werbung von Goms Tourismus: Wie lange kann man die Gäste dermassen täuschen?

Windenergieparks und neue Wasserkraftwerke im Goms

Die letzten frei fliessenden Bergbäche gehören unter Naturschutz!

GOMS – Das Goms spürt wieder Morgenluft. Auf dem Grimsel-, Furka- und Nufenenpass sind riesige Windenergieparks geplant. Zudem sollen die letzten frei fliessenden Gewässer im Obergoms gefasst und turbiniert werden. Die Grenzen allerdings setzt der Landschafts- und Gewässerschutz.

(ktm) Auf der Grimsel sollen 20 Windräder rund 100 GWh Strom liefern, was einem Prozent der Walliser Stromproduktion entspricht. Windenergie ist eine saubere und CO_2-freie Energie, welche in Europa gigantische Zuwachsraten aufweist und welche konkurrenzfähig ist. Für Windenergieparks sind für das Wallis zwei Rahmenbedingungen wichtig:

1. **Landschaftschutz:** Vor drei Jahren wurde ein Windenergiekonzept für die gesamte Schweiz erstellt, welches die möglichen Windenergie-Standorte klar festhält. Darin steht als einziger Oberwallis Standort der Grimselpass. Die Umweltverbände haben dem Konzept grossmehrheitlich zugestimmt. Leider wurde das Konzept nicht für verbindlich erklärt, so dass jetzt weitere Pläne für Windparks wie Pilze aus dem Boden schiessen. Ein Windenergiepark auf dem Grimselpass ist akzeptabel. Aber wenn nun auf allen Pässen und strassenzugänglichen Gräten Windenergieparks zu stehen kommen, dann kann man die ablehnende Haltung der Stiftung für Landschaftsschutz gut verstehen. Wer den kleinen Finger gibt, der hat bald die ganze Hand weg.

2. **Regionale Wertschöpfung:** Laut dem Oberwaldner Gemeindepräsidenten Thomas Käch wird der Sitz der Betreibergesellschaft in Oberwald sein und folglich werden die Steuern in Oberwald anfallen. Zudem wird der Burgerboden im Baurecht zur Verfügung gestellt und laut Käch ein angemessener Baurechtszins verrechnet. Wichtig ist zudem, dass das Kapital nicht allein von auswärtigen Geldgebern stammt, sondern dass sich die einheimischen Elektrizitätswerke daran beteiligen. Die Fehler der Wasserkraft-Investitionen sollten sich nicht wiederholen.

Neue Wasserkraftwerke: Gewässer- und Auenschutz

Unter der Federführung der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) ist eine Machbarkeitsstudie erstellt worden, welche die Turbinierung des Rottens zwischen Gletsch und Oberwald (55 GWh), des Geren- und des Gonerlibaches (30 GWh) sowie der Aegina (10 GWh) vorschlägt. Daraus ergibt sich ein jährliches Produktionstotal von rund 100 GWh, was in etwa der Produktion des Windenergieparks auf der Grimsel entspricht. Laut dem Oberwaldner Gemeindepräsident Thomas Käch war ursprünglich vorgesehen, diese Zuflüsse zu fassen und erst in Ulrichen zu turbinieren. Dieses Projekt wurde inzwischen fallen gelassen. Dazu Käch: *«Die Kosten und ein Rotten ohne Wasser bis Ulrichen waren der Grund.»* Nun soll direkt vor Ort in Oberwald und in Ulrichen turbiniert werden. Gegen dieses Projekt sprechen mehrere Gründe:

1. **Kantonales Auengebiet «Sand»:** Auf seinem Weg von Gletsch nach Oberwald durchquert der Rotten das kantonale Auengebiet Sand, wo gemäss Entscheid des Staatsrates aus dem Jahre 1995 keine schädlichen Eingriffe gestattet sind. Künstliche Wasserführungen und die Störungen der Fauna sind explizit verboten. Damit ist eine Wasserreduktion im Rotten auf der gesamten Länge des Auengebietes untersagt. Eine Turbinierung oberhalb des Auengebietes würde das Gefälle erheblich vermindern. Zudem ist es wenig sinnvoll, den letzten frei fliessenden Teil der jungen Rhone der ungebremsten Stromverschwendung zu opfern.

2. **Frei fliessende Bergbäche unter Naturschutz:** Der Geren- und der Gonerlibach bei Oberwald gehören zu den letzten frei fliessenden Gewässer der Schweiz und müssen so schnell wie möglich unter kantonalen Naturschutz gestellt werden. Die landschaftliche Schönheit und Wildheit der beiden Täler ist unbestritten. Es ist unnötig diese rauschenden Bergbäche zur Produktion von 30 GWh Strom zu nutzen und diesen Strom womöglich im Winter zu verheizen oder im Sommer in Klimaanlagen zu verpuffen. Statt die letzten frei fliessenden Gewässer auszupressen, setzt sich der Kanton Wallis besser mit voller Kraft für die höhere Wertschöpfung aus den bestehenden Wasserkraftwerken ein.

3. **Restwasser Null im Griessbach und Lengtalbach:** Die Aegina soll in Ulrichen gemäss Machbarkeitsstudie ebenfalls turbiniert werden. Im Altstafel unterhalb der Griesstaumauer herrscht bekanntlich ein gesetzeswidriger Zustand, denn dort ist der Griessbach und der Lengtalbach bis auf den letzten Tropfen Wasser ausgetrocknet. Sämtliches Wasser wird per Stollen in den Kanton Tessin gepumpt und dort erneut turbiniert. Im Jahre 1992 war es der Wille des Schweizer Volkes, dass unsere Bergbäche nicht austrocknen. Bis in diesem Jahr müssten in allen Bächen Mindestrestwassermengen fliessen. Das ist nirgends der Fall. In 60 Prozent der Bäche fliesst Restwasser Null und den verbliebenen Fischen geht es schlecht. Statt auch noch das traurige Rinnsal des Aeginenbaches zu turbinieren oder sich an Pumpspeicherkraftwerken zu beteiligen, würde sich die WEG endlich bewusst werden, dass wir im Sonnenkanton Wallis leben und sich endlich ein Sonnenenergie-Programm auf die Beine stellen.

Basler Agrochemiekonzern Syngenta in Brasilien

Blutiger Streit um genmanipuliertes Saatgut

RIO DE JANEIRO – *«Wir sind überzeugt, dass wir mit unseren hervorragenden Produkten weltweit zu einer besseren Ernährung beitragen können».* Diese «Vision», mit der die Schweizer Saatgutfirma Syngenta Werbung betreibt, erscheint den Mitgliedern der brasilianischen Landlosenbewegung (MST) und den Vertretern der Organisation «Via Campesina» zynischer denn je. Denn der langjährige Aktivist Valmir Motta de Oliveira (34) hat seinen Einsatz gegen den Basler Agrochemiekonzern Syngenta mit dem Leben bezahlt.

Valmir Motta wurde von den Milizen ermordet: Er hatte gegen genmanipuliertes Saatgut des schweizerischen Agrochemiekonzerns Syngenta protestiert.

VON HILAR EGGEL

Ende Oktober hatten 200 Aktivisten des *«Movimiento de trabajadores rurales sin tierra»* (MST) und Vertreter der Organisation *«Via Campesina»* zum dritten Mal in 19 Monaten das 127 Hektar grosse Syngenta-Versuchsgut im südbrasilianischen Santa Tereza del Oeste besetzt und die Wachleute vertrieben, um gegen den illegalen Anbau von Gentech-Mais und Gentech-Soja zu protestieren. Nach Darstellung der brasilianischen Polizei kehrten die Sicherheitsleute nach einiger Zeit bewaffnet auf das Gelände zurück, um die Farm «zurückzuerobern». Die Landlosenbewegung beschuldigt Syngenta, die Sicherheitsfirma zur gewaltsamen Rückeroberung angehalten zu haben. Dabei sei Valmir Motta de Oliveira, ein lokaler MST-Führer, durch zwei Schüsse in die Brust getötet worden, dies komme einer Exekution gleich. Fünf weitere LandarbeiterInnen wurden schwer verletzt und mussten in Kliniken gebracht werden. Ein Wächter kam ebenfalls ums Leben.

Bewaffnete Milizen

Die Landlosenbewegung und Vía Campesina fordern nun eine gerichtliche Untersuchung der jüngsten Vorfälle. Einer der Direktoren der Sicherheitsdienst-Firma «NF» wurde inzwischen verhaftet. Die Distriktpolizei hatte bei einer Durchsuchung Munition und illegale Waffen gefunden. Viele Indizien sprechen dafür, dass die Firma, die bei Bedarf illegal Sicherheitsleute anheuert, als Fassade dient, um bewaffnete Milizen zu bilden und in paramilitärischer Manier die landlosen Campesinos anzugreifen und aus der Gegend zu vertreiben.
Wie Vertreter der Landlosenbewegung und der Via Compesina mitteilen, werden sie weiterhin gemeinsam mit den in Olga Benário ansässigen Familien dafür kämpfen, dass auf dem Feld von Syngenta ein Agroökologisches Zentrum entsteht, das im Sinne der Agrarreform herkömmliches Saatgut zugunsten der landwirtschaftlichen Familienbetriebe züchten soll.

Protestbrief an die Bundesrätin

Verschiedene Organisationen haben am 8. November 2007 einen Protestbrief an die Bundesrätin Micheline Calmy-Rey geschickt.
Darin heisst es: *«Die brasilianischen Sozialbewegungen haben diese traurige Nachricht mit Empörung aufgenommen. Bereits zuvor war Syngenta durch sein illegales und menschengefährdendes Verhalten aufgefallen. Die Sozialbewegungen verlangen, dass der Syngenta-Konzern Brasilien verlässt.»* Sie bitten die Bundesrätin, *«geeignete weiterführende Massnahmen»* in Erwägung zu ziehen.

Gesundheitsschädigende Herbizide der Syngenta

In die Kritik geraten ist der Schweizer-Agrochemiekonzern Syngenta auch durch den Verkauf von Paraquat. Das Unkrautvertilgungsmittel wird von Syngenta, meist unter dem Markennamen Gramoxone, in über hundert Ländern verkauft. Es kommt unter anderem auf Bananen-, Kaffee-, Palmöl-, Baumwoll-, Gummi-, Obst- oder Ananasplantagen zur Anwendung. Gross- und Kleinbauern verwenden es ausgiebig auf Mais- oder Reisfeldern.

Arbeiterinnen und Bauern, die regelmässig mit dem Herbizid Paraquat in Kontakt kommen, haben mit ernsthaften Gesundheitsproblemen zu kämpfen. Die hohe Toxizität von Paraquat, zu dem kein Gegenmittel existiert, führt immer wieder zu Todesfällen.

Im Herbst 2006 lancierte die Erklärung von Bern die Kampagne *«Stopp Paraquat»,* die den Produktionsstopp und das Verbot des hochgiftigen und gesundheitsschädlichen Herbizids (Unkrautvertilgungsmittel) fordert. Die Kampagne wird von rund 90 Nichtregierungsorganisationen, von Gewerkschaften und Wissenschaftern aus der ganzen Welt getragen. (www.evb.ch)

Jaco Pastorius: Der Meister des elektrischen Bass

Sein Brennen an beiden Seiten der Kerze

Es gibt Musiker, an die andere Musiker schlichtweg nicht vorbeikommen, mögen sie noch so wahre Meister sein. Es gibt eben die Meister aller Meister. Und einer dieser Könner aller Könner war Jaco Pastorius. Seine Berufung: Bassist. Vor zwanzig Jahren kam er unter tragischen Umständen ums Leben. Sein Bassspiel, seine Technik, sein Klang waren und sind in jeder Hinsicht revolutionär und unkopierbar einmalig.

VON JEAN-PIERRE D'ALPAOS

Was Miles Davis für die Trompete, Charlie «Bird» Parker und John Coltrane fürs Saxophon, Keith Jarrett fürs Piano, Jimi Hendrix für die Gitarre waren, war Jaco für den elektrischen Bass. Albert Mangelsdorff, ein weiterer Meister der Meister an der Posaune, wollte nie mit Jaco zusammen spielen, obwohl er ihn noch nie gehört hatte. Er mochte bis 1976 den elektrischen Bass vom Klang her nicht besonders. Jaco hatte damals an den Berliner Jazztagen 1976 seine Garderobe neben jener von Albert – und übte. Mangelsdorff hörte ihn spielen, wusste jedoch nicht, dass es Jaco war. Er war dermassen von diesem Sound, der Fingerfertigkeit, der Wärme und der Zärtlichkeit des Bassspielers überwältigt. Er hatte angenommen, dass es sich um einen akustischen Bass handelte. Albert musste sein Vorurteil gegenüber E-Bassisten revidieren. Das Resultat der Berliner Jazztage war die Live-LP «Trilogie», die spontan und ohne Netz, direkt und ohne Filter mit Alphonse Mouzon am Schlagzeug noch am gleichen Tag aufgenommen wurde.

Jaco starb an den Folgen einer Schlägerei

Jaco Pastorius, am 1.12.1951 in Philadelphia geboren, starb am 21.9. 1987 in Fort Lauderdale. Als er dort in einen Club wollte und wegen Trunkenheit abgewiesen wurde, geriet er in eine Schlägerei, an deren Folgen er verstarb. Ein Genie war gestorben, das nicht nur an Drogen- und Alkoholkonsum scheiterte, sondern und vordergründig an seiner Sensibilität und Sensitivität. Eigentlich wollte er wie sein Vater Schlagzeuger werden, was durch einen schwer heilenden Bruch des rechten Armes unmöglich wurde. Als 17jähriger, nachdem er Klavier, Saxofon und Gitarre gelernt hatte, wechselte er zum Bass und entdeckte ihn als seine Verwirklichung. In kurzer Zeit spielte er sich Mitte der 70er Jahre aufgrund seiner aussergewöhnlichen Technik, seiner digitalen Präzision, seiner fulminanten Rhythmik an die Spitze der internationalen Garde von E-Bassisten. Entdeckt wurde er als Hausbassist im Bachelors Club in Fort Lauderdale durch die zwei Jazz-Musiker Paul Bley (Piano) und Pat Metheny (Gitarre), mit denen er 1974 sein Debut-Album *«Jaco»* einspielte. Danach ging alles sehr schnell. Die Jazz-Welt riss sich um diesen jungen einzigartigen Sound-Künstler. Legendär waren die Auftritte mit der Kult-Band *«Weather Report»*, deren CDs *«heavy weather»* und die Live-Einspielung *«8:30»* vor allem seine Handschrift tragen.

Dem E-Bass die heutige Rolle im Jazz verschafft

Bei Weather Report entfaltete er endgültig seinen unverkennbaren, singenden warmen Ton. Jaco hatte dem E-Bass die heutige Rolle im Jazz verschafft. Seine Technik: er spielte immer nur Solos – auch wenn er seine Big Band begleitete. Er konnte beides gleichzeitig: begleiten und solieren. Wie Jimi Hendrix suchte und fand er den neuen Klang und eine Bass-Virtuosität, die vorher und heute nur noch in der Virtuosität bei anderen Bassisten zu hören ist. Noch nach 20 Jahren ist er wegweisend. Jaco war und ist mit seinem E-Bass in neue Gefilde vorgedrungen, denn er spielte nicht nur mit einer innovativen Expression und einem Feeling, sondern mit einem hin- und mitreissenden Groove, der alle, die ihn hörten, Musiker und Zuschauer, in standing Ovations ausbrechen liess. Er selber hat seinen Stil treffend beschrieben: *«Ich spiele Bass, als ob ich mit der menschlichen Stimme spielte. Ich spiele, als ob ich redete.»*

Seine Psyche war mit 36 Jahren am Ende

Aber: Genie und Wahnsinn … – ein Klischee, aber bei Jaco trifft es eben mehr als zu. Seine psychische Fragilität, sein Brennen an beiden Seiten der Kerze, seine Verausgabung bemerkte man erst, als es, wie immer, zu spät war. Man sah ihn in die menschliche Katastrophe hinein versinken, aber kaum jemand hielt ihn auf oder war Grund genug für ihn innezuhalten. Hinzu kamen, wegen übermässigem Alkohol- und Drogenkonsum, familiäre Probleme. Klassisch folgte daraus tiefe Depressionen. Er versuchte es immer wieder, einen Weg heraus zu finden – kam auf die Bühne zurück und je nach psychischer Stimmlage war er genial oder umstritten. Er versuchte mit seiner Big Band *«Word of Mouth»* Fuss zu fassen, in der er seine wahnsinnige Virtuosität und seine kompositorischen Fähigkeiten ausspielen konnte. Zeugnis legen zwei ungemein starke Alben *«Word of Mouth»* (1981) und *«Invitation»* (1983) ab. Danach spielte er in kleineren Besetzungen, vor allem mit Birelli Lagrene und als Musiker sonst war er beinahe arbeitslos.
Ein Genie erlosch… obwohl die postum erschienen Alben immer noch sein Können belegen und er noch lange nicht ausgespielt hatte. Seine Psyche war mit 36 Jahren am Ende… Alle Bassisten dieser Welt werden ihn in bester Erinnerung behalten. Ein Weiterleben seiner Einmaligkeit ist also garantiert.

Das Bassspiel von Jaco Pastorius: Revolutionär und unkopierbar einmalig

Zum Tod von Dorine und André Gorz

«Jeder von uns möchte den anderen nicht überleben»

VON HILAR EGGEL

Dorine und André Gorz sind tot. Sie sind gemeinsam aus dem Leben geschieden. Seite an Seite liegend wurde das Paar in ihrem Haus in Vosnon im Nordosten von Frankreich gefunden. André Gorz starb im Alter von 84 Jahren, Dorine war 83-jährig und litt seit Jahren an Krebs. Ende August ist von André Gorz im Rotpunktverlag ein schmales Bändchen mit dem Titel *«Brief an D. Geschichte einer Liebe»* erschienen. Darin heisst es: *«Immer noch bist Du schön, anmutig und begehrenswert. Seit achtundfünfzig Jahren leben wir nun zusammen, und ich liebe Dich mehr denn je.»* Er beschreibt einen Albtraum, in dem ein alter Mann einem Leichenwagen folgt. *«Dieser Mann bin ich. Und Du bist es, die der Leichenwagen wegbringt. Ich will nicht bei Deiner Einäscherung dabei sein; ich will kein Gefäss mit Deiner Asche erhalten… Jeder von uns möchte den anderen nicht überleben müssen.»*

Ein origineller Gesellschaftsanalytiker

André Gorz gilt als einer der bedeutendsten Sozialtheoretiker des 20. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt seiner Schriften stand die Idee der Emanzipation des Individuums und die Befreiung des Menschen von den Zwängen der industriellen Arbeitsgesellschaft. Er setzte sich für eine human und ökologisch verträgliche Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ein und widersetzte sich dem Imperativ der Waren- und Kapitalverwertung. Er kritisierte die herrschende Klassengesellschaft, die alle Materie in Ware umzuformen trachtet. Wissen war für ihn die wichtigste Produktivkraft, die vergesellschaftet werden sollte.
Zugleich forderte er ein bedingungsloses und ausreichendes Grundeinkommen. *«Ein bedingungsloses Grundeinkommen sollte die volle Entwicklung des Individuums ermöglichen und sie ihrer unmittelbaren Instrumentalisierung und Beschränkung auf ökonomische Zwecke entziehen.»* Zu seinen bekanntesten Werken zählen *«Abschied vom Proletariat»*, *«Arbeit zwischen Misere und Utopie»* und *«Wissen, Wert und Kapital»* (vgl. dazu das Porträt von André Gorz in: Rote Anneliese, September 2007).

Dorine und André Gorz: Die Hoffnung auf eine humane, ökologische und gerechtere Gesellschaft haben sie nie aufgegeben.

BUCHBESPRECHNUNG:

Verlag: BTB im Goldmann
Preis: Fr. 22.90

Erhältlich in der Buchhandlung Wegenerplatz

Verlockung

Von János Székely

János Székely, der Autor des Buches *«Verlockung»*, wurde 1901 in Budapest geboren. Er verlor früh seinen Vater und wuchs in sehr bescheidenen Verhältnissen bei seiner Mutter auf. Mit fünfzehn Jahren veröffentlichte er sein erstes Gedicht in der Tageszeitung *«Pesti Hirlap»*. Er stellte sich aber nie dem Verleger vor, weil er keine anständige Hosen besass. Eine Szene, die sich in seinem Roman *«Verlockung»* wiederfindet.

Während der kurzen Zeit der Räterepublik unter den Kommunisten veröffentlicht Székely im Jahre 1919 sein Antikriegsgedicht *«Botschaften in der Stille»*. Als wenig später Admiral Miklos Horthy in Budapest einmarschiert und die Monarchie wieder installiert, emigriert der junge Dichter über Wien nach Berlin, wo er Dutzende Drehbücher für deutsche Stummfilme schreibt. 1934 emigriert Székely in die USA. In den 50er Jahren flieht er aus den USA, weil er wie viele Linke vom republikanischen Senator Joseph McCarthy verfolgt wird. In Budapest besucht er seine kranke Mutter und entwirft seinen autobiographisch gefärbten Roman *«Verlockung»*. 1956 nimmt er ein Angebot der DDR-Filmstudios an. Damals schon schwer krank, stirbt er 1957 in Berlin.

Béla, die Hauptfigur des Romans *«Verlockung»*, wächst als Waisenkind zwischen den Weltkriegen bei Tante Rozika auf dem Lande in Ungarn auf. Dort besucht er die Schule, wo er durch seinen Lehrer zum ersten Mal mit dem Kommunismus in Kontakt kommt. Der Lehrer kümmert sich um die armen Dorfkinder. Er rettet Béla vor dem Galgen und lässt ihn zu seiner Mutter nach Budapest reisen. Béla hat seinen Entschluss gefasst: Er will die Armut hinter sich lassen und will diese märchenhafte, andere Welt erobern. Als Liftboy in einem Luxushotel taucht er in die dekadente Gesellschaft der Reichen und Schönen ein. Als eines Nachts die schöne Gattin Seiner Exzellenz nach ihm klingelt, glaubt Béla, seine Stunde sei gekommen ...

Székely ergreift in seinem Roman Partei für das Proletariat. Er entwickelt das Gefühl nach Gerechtigkeit und das Vertrauen in die menschliche Vernunft, welche sich auf die primären Bedürfnisse besinnt. Der Grundton ist sozialistisch, aber nicht dogmatisch. Székelys Roman wurde damals von der Kritik als einer der grossen Gesellschaftsromane seiner Zeit gefeiert und mit Werken von Maxim Gorki und Emile Zola verglichen. Ein wunderbares Buch, geschrieben in einer kraftvollen Sprache.

Marie-Theres Kämpfen

Rosa Luxemburg: Politik als revolutionärer Prozess

Rosa Luxemburg, 1891 in dem ostpolnischen Städtchen Zamosc geboren, war eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung und entschiedene Internationalistin. Nach ihrem Studium in Zürich widmete sie sich ganz der Politik. In ihrer Persönlichkeit vereinten sich scharfer Intellekt und künstlerisches Talent, Leidenschaft und Depression, Spontaneität und Organisation, Aktion und Erkenntnis. Mit ihrer glänzenden Rhetorik und originellen Publizistik erregte sie Aufsehen. Monatelange Kerkerhaft und ständige Bespitzelungen waren der Preis für ihre unbequemen Ansichten. 1919 wurde sie von aufgehetzter Soldateska in Berlin ermordet.

VON HILAR EGGEL

Nah- und Fernziele

Rosa Luxemburg war gerade 28 Jahre alt als sie die Schrift: «Sozialreform oder Revolution?» veröffentlichte und in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung berühmt wurde. Mit ihrer Kritik wollte sie die antikapitalistischen Kräfte innerhalb der Partei stärken und ein Bollwerk gegen die bürgerliche Macht errichten. Dabei war der Kampf um die soziale und kulturelle Besserstellung der lohnabhängigen Bevölkerung für sie ein Mittel, um die politische Macht zu erringen. Der Alltagskampf sollte in eine Dimension hineinfliessen, die über den Kapitalismus hinausging. Schon in der Einleitung der oben genannten Schrift stellte sie klar: «*Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.*» Sie verband also die Kräfte, die an den sozialistischen Zielen festhielten, mit jenen, die auf den Kampf um höhere Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen, die Forderung des Achtstundentage, die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts usw. ausgerichtet waren.

Revolutionäre Realpolitik

Rosa Luxemburg nannte ihre Politik revolutionäre Realpolitik. Mit dem Begriff verfolgte sie eine Politik, die sich in den aktuellen parlamentarischen Tageskampf einlassen und doch nicht das sozialistische Fernziel aus den Augen verlieren sollte. Anstelle eines Frontalangriffs auf die politischen Zentren schlug sie die Strategie der Schaffung von Elementen der neuen, alternativen Gesellschaft im Schosse der alten vor. Sie griff den Gedanken des Räte-Systems auf, da sie darin Elemente und Prinzipien einer neuen Gesellschaft sah, die es auch unabhängig von der Übernahme der politischen Macht im Staat durchzusetzen gelte. Auch unter den Bedingungen sozialer Reformen wollte sie den Weg der Selbstorganisation und Selbstverwaltung nicht aufgeben. «*Wir ... müssen uns die Frage der Machtergreifung vorlegen als die Frage: Was tut, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat ...? Dort liegt die Macht, wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.*» In dieser Perspektive wurde das Verhältnis von Reform und Revolution als ein Prozess gesehen, der durch Veränderung von Kräfteverhältnissen, von Macht- und Eigentumsstrukturen ausgelöst wird.

Politische Bildung als fortschreitender Prozess

Nach Luxemburg wird revolutionäre Realpolitik im herrschenden Staat und mit dem «*beherrschten Proletariat und nicht dem siegreichen*» gemacht, wobei politisches Handeln die Auseinandersetzung mit dem Parlament und den bürgerlichen Demokratie ebenso wie ausserparlamentarische Aktionen in sich schloss. Zentral war für sie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Denn Wissen und Informationen über reale Entwicklungen sollten so verbreitet werden, dass ein individueller und gesellschaftlicher Veränderungsprozess ausgelöst wird. Das Volk sollte in einer Weise informiert werden, dass es sich selbst überzeugen und die notwendigen Schritte zur Veränderung einleiten könnte. Dabei muss gegen den herrschenden Konsens um Hegemonie gerungen werden.

Nicht-kapitalistische Gesellschaftsformationen

Im Zusammenhang mit der Analyse der kapitalistischen Akkumulation (Wertvermehrung) war sie auf das Problem gestossen, dass kapitalistische Gesellschaften auf starke nicht-kapitalistische Bereiche angewiesen sind. Sie war der Ansicht, dass die erweiterte zahlungsfähige Nachfrage prinzipiell nicht aus dem Prozess der kapitalistischen Akkumulation selbst erwachsen könne und kommt zum Schluss, «*dass zum mindesten der zu realisierende Mehrwert und der ihm entsprechende Teil der kapitalistischen Produktionsmasse unmöglich innerhalb der kapitalistischen Kreise realisiert werden kann und unbedingt ausserhalb dieser Kreise, in nichtkapitalistisch produzierenden Gesellschaftsschichten und – formen, seine Abnehmer suchen muss*». Sie stellte fest, dass kapitalistische Staaten mit militärischen Mitteln um externe nicht-kapitalistische Absatzmärkte konkurrieren und so in einen imperialistischen Wettbewerb zueinander gerieten. Sie begriff den Kapitalismus also nicht als geschlossene Form von Kapitalverwertung und liess sich vom Gedanken leiten, dass der Kapitalismus auf seiner Jagd nach Profiten ausserkapitalistische Sphären braucht, in deren Zerstörung und Inwertsetzung er sich Absatzmärkte und neue Rohstoffliferanten, einschliesslich billiger Arbeitskräfte, sucht.

Masse und soziale Bewegungen

Luxemburg hatte ein Grundvertrauen in die Masse, in die sozialen Bewegungen, die aus den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaften hervorkommen und deren Dämme immer von neuem unterspült werden. Sie und nur sie seien es, die den Strom der Geschichte ausmachen. Diese Massenbewegungen liessen sich niemals auf Dauer unterdrücken oder kanalisieren und seien der eigentliche Kraftquell des Sozialismus. «*Die sozialdemokratische Bewegung*», so schrieb sie, «*ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.*»
Luxemburg hielt den Sozialismus für eine freie, demokratische, zur sozialen Bewegung hin offene Organisationsform, die für die unterirdischen Ströme der Gesellschaft empfänglich und zur Innovation fähig sei. Weder Verwandlung der Mitglieder der Partei in Werkzeuge der zentralen Parteiorgane noch «*die absolute, blinde Unterordnung*» derselben, noch die Degradierung der Arbeiter zu blossen Wählern seien die Merkmale einer linken Organisation, sondern diese wachse stets von neuem «*aus dem elementaren Klassenkampf heraus.*» Bündig formulierte sie: «*Nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu grossen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.*» Für sie war eine sozialistische Partei keine bürokratische Maschine, sondern für sie waren die Massen selbstbewusste, sich selbst organisierende, mündige Menschen.

Illusionäre und romantische Vorstellungen?

Oft wird Luxemburg vorgeworfen, dass sie die Massen romantisch illusionär überschätzt habe. Dies mag in manchen Formulierungen der Fall sein. Es gibt aber auch Äusserungen, in denen sie die Massen aufs Schärfste verurteilte. Mit heftigsten Worten kritisierte sie die kriegsbegeisterte Masse, ihren «*patriotische(n) Taumel*», ihre Teilhabe an der «*Massenschlächterei*», die zum «*ermüdend eintönigen Tagesgeschäft*» wurde.
Für Luxemburg war die Masse kein Aggregatszustand, sondern ein gesellschaftliches Kraftpotential, das ständig in Bewegung und im Werden begriffen ist. Sie sah in der Masse Menschen, die agitatorisch tätig sind und als zukünftige angerufen werden können – als Menschen, die sie sein können und vielleicht auch werden wollen. Dabei war sie sich voll bewusst, dass die Menschen Fehler machen würden. Sie war der Ansicht, dass sie das Recht haben, «*eigene Fehler zu machen und selbst historische Dialektik lernen zu dürfen*». Dieser oft sehr schmerzvolle Lernprozess sei notwendig, weil ohne die aktive Einbeziehung der Bevölkerung, die aus ihren Fehlern ebenso wie aus ihren Triumphen lernen könnten, nichts erreicht würde.

«Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heisst nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süssen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit - nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.» (Rosa Luxemburg, in: Zur russischen Revolution, GW 4, S. 363)

Für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratie von unten

Rosa Luxemburgs ganzes Werk kann als Prozess angesehen werden, eine «revolutionäre Realpolitik» zu begründen. Kern dieser Politik ist nicht dieses oder jenes konkrete Ziel an sich, auch nicht das der Machtergreifung. Das wichtigste ist ihr, die «schöpferische Kraft» sozialer Bewegungen freizusetzen und gesellschaftlich fruchtbar zu machen. Ihrer Meinung nach kommt die Schöpferkraft der Geschichte von unten, von den Betroffenen, den Entrechteten und Ausgebeuteten.
Rosa Luxemburg gilt als eine tiefgründige Analytikerin sozialer Bewegungen, die durch ihre Persönlichkeit, durch ihren politischen Kampf und durch ihr theoretisches Erbe die marxistische Theorie und Praxis massgeblich beeinflusst hat. Spätestens durch die Untersuchung der russischen Revolution begründete sie eine eigenständige Position von Massenbewegung als demokratischen und emanzipatorischen Prozess, der Gesellschafts- und Selbstveränderung in sich schloss. Der Massenstreik wurde ihr zum Paradigma von Politik jenseits von avantgardistischer oder bürokratischer Bevormundung durch «eine Handvoll Politiker» und ihre Apparate.
Merkwürdigerweise sollte ein kleiner Satz, an den Rand im Manuskript über die russische Revolution notiert, ein eigentümliches Schicksal erleben: «*Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden*». Es ist der meist zitierte Satz von Luxemburg, der auch von jenen verwendet wird, die ihre politischen Vorstellungen nicht im mindesten teilen. Aber mehrmals wiederholte sie, dass es darum ginge, «*der Bourgeoisie Stück um Stück... alle Machtmittel des Staates*» zu entreissen. Nur wenn die Bevölkerung die Staatsgewalt ergreife, herrsche «*Demokratie, die kein Volksbetrug*» sei, stellte sie fest... Aus diesem Satz ist leicht zu schliessen, dass sich Luxemburg nicht für die Demokratie, sondern für eine besondere Art der Demokratie entschied. Die bürgerliche sollte in eine soziale Demokratie überführt und die demokratischen Prinzipien in «*die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftliche Beziehungen*» eingeführt werden. «*Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse, als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus – das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!*», schmetterte die zornige und scharfsinnige Rednerin ihren bürgerlichen Rivalen an den Kopf.
Rosa Luxemburg erscheint in ihren Schriften als eine Politikerin, die vieles gewagt und bewegt hat, das weitergeführt werden sollte. Sie taucht als eine Denkerin auf, die experimentiert und irrt und ein sozialistisches Projekt entwirft, das äusserst aktuell ist und an dem in der heutigen Zeit weiter gearbeitet werden sollte.

Hilar Eggel

Weiterführende Literatur:

- Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (GW 1–5), Berlin 1970–75
- Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe (GB 1–6), Berlin 1982–97
- Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996
- Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg 2007

AGENDA: Wohin frau/man geht…

KINO ASTORIA, VISP: «Der besondere Film»

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem Untertitel
www.kino-astoria.ch

Montag, 3. Dezember, 20.30 Uhr
Sterben für Anfänger – Death at a Funeral
Es gibt gute und schlechte Tage. Heute ist die Beerdingung seines Vaters und für Daniel ist es ein ausserordentlich schlechter Tag – besonders als er feststellen muss, dass der Leichnam im Sarg gar nicht sein Vater ist. Kaum ist dieser kleine «Fehltritt» behoben, machen sich die nächsten Probleme bemerkbar: Onkel Alfie wartet seit Stunden vor dem Altersheim auf seine Abholung. Daniels grosskotziger und verschwenderischer Bruder Robert weigert sich, die Hälfte der Beerdigungskosten zu übernehmen. Und Daniels Cousine Martha bringt ihren Verlobten mit, der versehentlich eine bunte Mischung verschiedener Halluzinogene genommen hat und jetzt fest davon überzeugt ist, Stimmen aus dem Sarg zu hören. Schuld an diesem Übel ist Marthas Bruder Troy, der sich sein Chemiestudium mit der Herstellung synthetischer Drogen finanziert und seine neueste Kreation etwas zu nachlässig versteckt hat. Als ob das noch nicht genug wäre, taucht plötzlich ein ebenso ungewöhnlicher wie unbekannter Gast auf, der einige pikante Geheimnisse über den Verstorbenen kennt und droht, diese publik zu machen, sollte er nicht unverzüglich eine ansehnliche Summe Geld erhalten.

Simplonforum

Die Vorträge finden jeweils um 18.00 Uhr im Restaurant Simplon in Naters statt.

Donnerstag, 17. Januar 2008
Ueli Mäder
Armut trotz(t) Reichtum

Donnerstag, 21. Februar 2008
Christian Zeller
Die Macht der Global Players

SP-Parteitag

Samstag, 8. Dezember 2007, 9.30–16.00 Uhr
In der Burgerstube, Baltschieder
SPO: Quo vadis?

KELLER THEATER BRIG

Samstag, 1. Dezember, 20.30 Uhr
Shirley Grimes / Irish folk singer / songwriter
Eine der schönsten Stimmen des Irish Folk welche die mit ihrer Schlichtheit und Klarheit bezaubert. Jetzt hat sie dazu eine Band gefunden, mit der sie in den letzten Jahren ausgiebig getourt ist. Das ist hörbar. Der Guss stimmt. Dafür gesorgt haben Wolfgang Zwiauer am Bass, Sämi Baur am Schlagzeuger und der «Shoppers» Gitarrist Oli Hartung.

Sonntag, 9. Dezember, 17.00 Uhr
Joe Beck (git), John Abercrombie (git)
Zwei Gitarristen überbrücken Generationen: Joe Beck war der erste Gitarrist, den Miles Davis in den 60er Jahren in eine seiner Bands aufnahm. John Abercrombie wiederum gilt seit dieser Zeit als einer der einflussreichsten Gitarristen des Jazz. Im Duo garantieren Joe Beck und John Abercrombie für ein mit Überraschungen gespicktes gitarristisches Feuerwerk.

Freitag, 11. Januar, 20.30 Uhr
Acousma4 / Jazzland VS
Mit Acousma4 verführt Marc Jufer in seine schelmischen Streiche. Manchmal bitter, manchmal süss, zornig oder zärtlich, verhalten oder frei. Das elegant wilde Quartett setzt sich aus wahren musikalischen Persönlichkeiten zusammen.

Binner Kulturabende

22. Dezember 2007 bis 4. Januar 2008
Binner Kulturabende
Jeden Tag zwei Veranstaltungen. Ein Feuerwerk der Kleinkunst im kleinen Bergdorf mit Lesungen, Vorträgen, Erzählungen, Theater und Musik aller Stilrichtungen, zum Beispiel am 24. Dezember um 21.00 Uhr: Jazz, Blues und Klezmer mit den Jazz-Serenaders.
www.binnkultur.ch
Pauschalangebote Kultur mit Abendessen und Übernachtung im historischen Hotel Ofenhorn: www.ofenhorn-winter.ch

DICKE EIER:

Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp: Ein Finanzwunder!

Das macht den Verantwortlichen der Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp so schnell keiner nach: Bei einem Cashflow von 1,502 Millionen Franken und Abschreibungen von rund 1,98 Millionen Franken trotzdem einen Jahresgewinn von rund 363 000 Franken auszuweisen. So geschehen im Oktober, so gelesen im WB. Wer in der Primarschule die Subtraktion einigermassen begriffen hat, der kommt dabei auf einen Jahresverlust von rund 478 000 Franken. Auch im Jahresbericht ist zunächst von einem Gewinn die Rede. Erst wer weiterblättert, stösst auf das Finanzwunder: Der Jahresverlust von 478 000 Franken wird mittels Auflösung von Rückstellungen in der Höhe von 1,341 Millionen ins Plus katapultiert. Unter Einbezug eines weiteren Aufwandes von 500 000 Franken kommt aus dem Glücksrad ein Jahresgewinn von 363 000 Franken heraus. Woher die Rückstellungen kommen, wird aus der Jahresrechnung nicht klar, wie kritische Aktionäre bemängeln. Das Rückstellungskonto war nämlich bei Eröffnung der Jahresrechnung 2006/2007 noch leer.

Raumplaner Amadé Zenzünen: Zwischen Filz und Effizienz

Der Grengjer CVP-Gemeindepräsident Amadé Zenzünen hat es nicht leicht, seine verschiedenen Hüte auseinanderzuhalten: Er ist Geschäftsführer des *«Vereins Landschaftspark Binntal»* und gleichzeitig Mitinhaber des Planungsbüros *«Raumplanung & Umwelt Aufdereggen, Julen & Zenzünen»*. Wie es der Zufall so will, ist das Planungsbüro Zenzünen mit Umweltverträglichkeitsberichten (UVB) betraut oder vorgesehen, welche den Landschaftspark betreffen, insbesondere bezüglich der Hochspannungsleitung Ulrichen-Mörel und der Erweiterung des Skigebietes Erner Galen. Im dümmsten Fall müsste also Zenzünen als Geschäftsführer des Landschaftsparkes den UVB seines eigenen Planungsbüros kritisieren. Zenzünen will an der nächsten Sitzung des Landschaftsparkes Binntal *«das Problem vorbringen. Dann soll der Vorstand entscheiden.»* Allerdings, wenn der Landschaftspark-Geschäftsführer Zenzünen dem Raumplaner Zenzünen gut zuredet, dann sind nachmalige Einsprachen ohnehin überflüssig. Früher nannte man das Filz, heute heisst das Effizienz.

Nachdenkliches aus der Credit Suisse: Was ist ein Suppentag?

Wenn an einem schönen Novembertag gute Menschen Suppe kochen, verteilen und essen; wenn es sich dabei um Leute handelt, welche gewöhnlich die Suppe bloss als Vorspeise zu einem rechten Stück Fleisch und üppigen Beilagen verspeisen; wenn diese Leute die Suppe darüber hinaus für andere Menschen essen, die gewöhnlich wirklich nur Suppe essen; wenn die demonstrativen Suppenesser dies auf einem öffentlichen Platz tun und wenn die Credit Suisse, deren Präsident Walter Kielholz 16 Millionen im Jahr einkassiert, dazu aufruft, einmal über Armut und Überfluss nachzudenken, dann nennt man das einen Suppentag!

Damit Sie wissen, wie der Hase läuft. Ein Abonnement der Roten Anneliese

- ☐ Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- ☐ Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- ☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

ZI-TÄTER:

«Ein Schutzhund hat zwei Schafen die Ohren abgebissen und bis auf den Knochen abgenagt.»
Kurzmeldung im WB

Rote Anneliese: *Die beiden Schafe gehörten zur äusserst seltenen Rasse der Ohrenknochen-Schafe.*

«Ein polnisches Sprichwort sagt, die Dankbarkeit ist in den Himmel gestiegen und hat die Leiter mitgenommen. Beides will ich wieder herunterholen.»
Benno Tscherrigs Abschiedsworte als insieme-Präsident

Rote Anneliese: *Und wer holt Tscherrig auf den Boden zurück?*

«Die Abschaffung der Lex Koller macht Sinn. Stellen wir uns einmal vor, die Indianer Amerikas hätten 1820 eine Lex Koller eingeführt, dann wären die USA heute ein Land mit Stammeshäuptlingen.»
Klaus J. Stöhlker, Walliser Antenne in Zürich

Rote Anneliese: *Stattdessen haben die Indianer ihr Land teuer an die Europäer verkauft und leben heute mit den erwirtschafteten Milliarden in Luxusvillen mit Umschwung, im Volksmund «Reservate» genannt.*

«Im Gespräch mit dem VOV fiel auf, dass der Departementsvorsteher über die anstehenden Projekte und Probleme, ohne die Dossiers nachzuschlagen, bestens orientiert war.»
WB-Chef Pius Rieder über Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet

Rote Anneliese: *Was er wissen will, das weiss er. Was er nicht wissen will, weiss er nicht.*

«Die Affinität zur orthodoxen Welt mit ihrer ganz anderen Einstellung zum religiösen Geheimnis verspürte ich zudem schon immer.»
Oskar Freysinger, Literatur-Asylbewerber in Serbien
Rote Anneliese: *Der Milosevic-Preis für serbische Literatur liegt in Griffweite.*

«Als Walliser nein, sonst ja, weil andere Lösung fehlt.»
Jean-René Fournier auf die Frage: Stehen Sie hinter den Atomkraftwerken?

Rote Anneliese: *Schon jetzt kann Fournier den Staatsrat und den Ständerat sehr gut auseinanderhalten.*

Schon wieder ein «Sawiri» im Anmarsch

Ein Berner will ein Gommer Dorf kaufen

Berner will ein ganzes Gommer Dorf kaufen: Welche Gemeinde meldet sich freiwillig?

GOMS – Der Berner Marc Aeberhard, Direktor der *«Luxury Hotel & Spa Management Ltd.»*, möchte ein ganzes Gommer Dorf kaufen und daraus eines *«der fünf besten Luxushotels des Alpenbogens»* machen. So steht es in seinem visionären Konzept, das er Mitte November vor Interessierten im Goms vorstellte. Die Euphorie hält sich in Grenzen.

(**ktm**) Laut Konzept *«z'Gommer Doerfli»* des Berner Hotelmanagers Marc Aeberhard, der breits auf den Seychellen ein Luxus-Resort betreibt, sollen die Gesamtinvestitionen rund 32 Millionen betragen. Die Kosten können aber *«auch bedeutend höher liegen»*. Aeberhard sieht sich nicht als Geldgeber, sondern als Vermittler beziehungsweise späterer Hotelmanager. So will er für den Umbau des Gommer Dorfes – das freilich noch gefunden werden muss – mit den *«Dorfältesten»* zusammenarbeiten. Obwohl Aeberhard pro Objekt stattliche 500 000 bis 700 000 Franken zahlen will, wird es doch mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein, die älteren Eingeborenen für einen Umzug ins Altersheim zu bewegen.

Luxussuiten für 20 000 Franken pro Nacht

Als Gäste für das Luxushotel kämen die Einheimischen kaum in Frage, denn die Preise sollen laut Aeberhard zwischen 3 000 und 6 500 Franken pro Nacht und Zimmer betragen. Für die Sparsamen unter den Reichen wohl gemerkt! Denn für die Spitzensuiten, welche aus einem ganzen Gommer Haus bestehen, wäre der Preis pro Nacht 15 000 bis 20 000 Franken. Aeberhard ist überzeugt, dass es solche Gäste gibt, welche die Gommer Ruhe suchen und sich das *«ökoverträgliche Reisen»* auf die Fahne geschrieben haben. Auf Grund der *«aktuellen Klimadiskussion»* und den gestiegenen Ölpreisen lasse sich auch bei den Superreichen ein neuer Trend zu *«möglichst geringem Verbrauch von fossilen Treibstoffen»* feststellen. Soziale Verantwortung und ökologische Nachhaltigkeit seien die *«primären Unternehmensziele»*.

Ökotouristen mit dem Helikopter zum Flohmarkt nach Paris

Selbstverständlich sind im *«Gommer Doerfli»* für Superreiche auch zwei Biobauernhöfe vorgesehen. Ganz müssen die Gäste allerdings nicht vergrünen, denn *«auf Anfrage kann auch die Anreise per Privatflugzeug arrangiert werden»* und auch auf Helikopter-Ausflüge zum Einkaufen nach Gstaad, Zermatt, München, Mailand, Wien oder zum *«Flohmarkt nach Paris»* muss der Luxus-Gast keineswegs verzichten. Wie unschwer zu erkennen ist, muss Aeberhard hier noch etwas an der Corporate Identity feilen. Philipp Schmid von den Trekking-Friends, welcher ein erstes Treffen mit Gommer Interessierten und dem Promotor Aeberhard organisiert hat, ist sich der Widersprüche bewusst und er erklärt, dass die Idee, ein ganzes Dorf zu kaufen, eher unrealistisch sei. Euphorie sei am Informationsabend keine ausgebrochen. Allerdings habe man das auch nicht erwartet.

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:

Für die SVP-Hochburg Naters gibt's Ohrenpropfen. Blocher will sparen.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • NR. 200 / NOVEMBER 2007
Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis